

DIE WIENER ARBEITERBEWEGUNG

**DEN MITGLIEDERN DES INTER-
NATIONALEN SOZIALISTEN-
UND GEWERKSCHAFTSKON-
GRESSES WIEN 1914 GEWIDMET**



WIEN 1914

**Verlag des Parteisekretariats. — Kommissionsverlag der Wiener
Volksbuchhandlung Ig. Brand & Co.**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die Kampfbedingungen der Sozialdemokratie in Oesterreich	5
Die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung	13
Die Wiener Arbeiterbewegung	31
Die Bauwerke des proletarischen Wien	55

Verzeichnis der Bilder

	Seite
Parteihaus	15
Arbeiterheim Favoriten	17
Arbeiterheim Ottakring	21
Arbeiterheim Floridsdorf	23
Hammerbrotwerke	25
Erster niederösterreichischer Arbeiter-Konsumverein	27
Produktivgenossenschaft der Hutarbeiter	29
Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse	33
Erholungsheim des Verbandes der Krankenkassen in Zeillern	35
Vertreter Wiener Arbeitergruppen aus dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter	37
Wahlrechtsdemonstration am 28. November 1905 vor dem Parlamentsgebäude	39
Teuerungsdemonstration auf der Ringstrasse	41
Teuerungsdemonstration auf der Ringstrasse	45
Die Jugendlichen am 1. Mai	47
Arbeiter-Radfahrer am 1. Mai	49
Auf einer Spielwiese der Arbeiter-Kinderfreunde	51
Schutzhaus der „Naturfreunde“ auf dem Padasterjoch	53
Arbeiter-Strandbad	57
Das Grabdenkmal der Märzgefallenen	59
Das Grabdenkmal der Opfer des 17. September 1911	61
Das Schuhmeier-Denkmal	63

Die Kampfbedingungen der Sozialdemokratie in Oesterreich.

Um unseren ausländischen Gästen das Verständnis der Kämpfe des österreichischen Proletariats zu erleichtern, wollen wir sie, soweit das auf engem Raum möglich ist, mit den Grundbedingungen des politischen Lebens in Oesterreich vertraut machen.

Oesterreich und Ungarn.

Oesterreich ist ein Bestandteil der österreichisch-ungarischen Monarchie. Beiden Staaten, Oesterreich und Ungarn, sind g e m e i n s a m: 1. das Heer und die Kriegsflotte, 2. die auswärtige Politik und die diplomatische Vertretung, 3. die Herrschaft über Bosnien und die Herzegowina. Diese „gemeinsamen Angelegenheiten“ werden verwaltet von der „gemeinsamen Regierung“: dem Kriegsminister, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und dem gemeinsamen Finanzminister, der die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina leitet. Die gemeinsame Regierung ist verantwortlich den D e l e g a t i o n e n, die das Budget des Heeres, der Kriegsmarine, des Ministeriums des Aeußern festzusetzen und die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina zu kontrollieren haben. Die österreichische Delegation besteht aus 40 vom österreichischen Abgeordnetenhaus und 20 vom österreichischen Herrenhaus gewählten Mitgliedern; die ungarische Delegation aus 40 vom ungarischen Abgeordnetenhaus und 20 vom ungarischen Magnatenhaus gewählten Mitgliedern. Zur Festsetzung des gemeinsamen Budgets sind überein-

stimmende Beschlüsse der österreichischen und der ungarischen Delegation notwendig. Die Delegationen tagen abwechselnd in Wien und in Budapest. Der österreichischen Delegation gehören derzeit an: 2 deutsche Sozialdemokraten, 1 italienischer Sozialdemokrat und 2 tschechische Separatisten. In der ungarischen Delegation ist die Sozialdemokratie nicht vertreten.

In allen übrigen Angelegenheiten sind Oesterreich und Ungarn selbständig, voneinander unabhängig. Jeder der beiden Staaten hat sein eigenes Parlament und seine eigene Regierung. Doch haben die beiden Staaten durch den sogenannten Ausgleich, einen Vertrag zwischen ihnen, der von zehn zu zehn Jahren erneuert wird, vereinbart, dass sie ein gemeinsames Zollgebiet bilden, die Zölle gemeinsam festsetzen, die Handelsverträge gemeinsam abschliessen, die Währung gemeinsam regeln, eine gemeinsame Notenbank haben und gewisse indirekte Steuern nach gleichen Grundsätzen bestimmen. Ueber diese Angelegenheiten, die vertragsgemäss gemeinsam sind, beschliessen nicht die Delegationen, sondern die beiden Parlamente in Wien und Budapest.

Der österreichische Reichsrat.

Das österreichische Parlament besteht aus zwei Kammern: dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus.

Dem Herrenhaus gehören an: als erbliche Mitglieder die Erzherzoge und die Häupter des Feudaladels; als Mitglieder für Lebensdauer vom Kaiser ernannte Personen.

Das Abgeordnetenhaus bestand bis 1897 aus den Erwählten von vier Kurien: der Kurie der Grossgrundbesitzer, der Kurie der Handelskammern, der Kurie der Städte und der Kurie der Landgemeinden. In allen Kurien war das Wahlrecht an einen Steuerzensus gebunden. Die Arbeiterklasse war vom Wahlrecht ausgeschlossen, die Sozialdemokratie im Abgeordnetenhaus nicht vertreten.

Der Wahlrechtskampf der Arbeiterklasse errang im Jahre 1897 seinen ersten Erfolg. Zu den

bestehenden vier Kurien mit zusammen 353 Mandaten wurde eine fünfte Kurie mit 72 Mandaten hinzugefügt, in der das allgemeine und gleiche Wahlrecht bestand. Die besitzenden Klassen hatten also ein Pluralwahlrecht: sie wählten in den ersten vier Kurien 353 Abgeordnete allein, in der fünften Kurie 72 Abgeordnete mit der Arbeiterklasse zusammen. Von den 72 Mandaten der fünften Kurie fielen im Jahre 1897 14 der Sozialdemokratie zu.

Die Arbeiterklasse konnte sich mit diesem ersten Erfolg nicht bescheiden. Die grossen Kämpfe der Jahre 1905 und 1906 führten endlich zum Sieg: die Kurien wurden abgeschafft. Das Abgeordnetenhaus setzt sich seit 1907 aus 516 Abgeordneten zusammen, die aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht hervorgehen. Wahlberechtigt sind alle männlichen österreichischen Staatsbürger, die das 24. Lebensjahr überschritten haben und seit wenigstens einem Jahre in einer österreichischen Gemeinde ihren Wohnsitz haben. Die ersten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht fanden im Jahre 1907 statt; von den 516 Mandaten fielen 87 der Sozialdemokratie zu.

Die nationalen Kämpfe.

Oesterreich (ohne Ungarn) ist von acht Nationen bewohnt. Ihre Stärke zeigen die folgenden Zahlen:

	Zahl im Jahre 1910	Von je 100 österr. Staatsbürgern	Zahl der Abgeordneten im Parlament
Deutsche . . .	9,950.266	35·58	233
Tschechen . . .	6,435.983	23·02	107
Polen	4,967.984	17·77	82
Ruthenen	3,518.854	12·58	33
Slowenen	1,252.941	4·48	24
Serbokroaten . .	783.334	2·80	13
Italiener	768.422	2·75	19
Rumänen	275.115	0·98	5

Keine Nation bildet die Mehrheit der Bevölkerung, selbst die stärkste Nation, die deutsche, nur wenig über ein Drittel.

Die Machtverhältnisse der Nationen hängen aber nicht nur von ihrer Zahl ab, sondern auch vom Grad ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Dadurch sind Deutsche, Tschechen und Italiener begün-

stigt; sie sind die Träger der modernen Industrie, ihnen gehört die herrschende Bourgeoisie an, während alle anderen Nationen überwiegend aus Bauern zusammengesetzt sind. Unter den agrarischen Nationen sind die Polen die stärkste; ihr Adel gehört seit 1868 zu den herrschenden Klassen in Oesterreich.

Die acht Nationen stehen in heftigem Kampf gegeneinander. Die Kampfgegenstände sind: die Vertretung der Nation in der Regierung und der Bürokratie, der Gebrauch der nationalen Sprachen in den Aemtern und Gerichten, die Errichtung nationaler Schulen. Die Sozialdemokratie hat ihre Stellung zu diesen Kämpfen durch das vom Brünner Parteitag (1899) beschlossene Nationalitätenprogramm festgelegt; sie fordert die nationale Autonomie für alle Nationen. Jede Nation soll in ihrem Siedlungsgebiet ihr Schulwesen und die Behörden selbst verwalten durch ein von ihr gewähltes nationales Parlament.

Die Obstruktion und der § 14.

Seit dem Jahre 1897 bedienen sich die nationalen Bourgeoisien im Abgeordnetenhaus immer wieder der Waffe der Obstruktion. Jede Nation sucht die Erfüllung ihrer nationalen Forderungen zu erzwingen, indem sie die Arbeit des Abgeordnetenhauses durch den Missbrauch der Förmlichkeiten der Geschäftsordnung unmöglich macht. Erfüllt die Regierung aber die Forderungen einer Nation, so setzen die anderen Nationen mit der Obstruktion ein. Wiederholt ist der Versuch unternommen worden, die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses, die die Obstruktion erleichtert, zu ändern. Doch scheitern diese Versuche daran, dass keine Nation auf die Waffe der Obstruktion verzichten will. Keine Nation ist in Oesterreich die Mehrheit; jede Nation fürchtet daher, sie könnte von einer ihr feindlichen Koalition der anderen Nationen vergewaltigt werden, wenn sie auf die Waffe der Obstruktion verzichtete.

So oft das Abgeordnetenhaus obstruiert ist, wird es vertagt und die Regierung erlässt nach ihrem Belieben Gesetze auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes. Dieser Paragraph gibt der Regierung das Recht, in

Zeiten, in denen der Reichsrat nicht versammelt ist, dringende Gesetze durch kaiserliche Verordnung zu erlassen, gegen nachträgliche Einholung der Genehmigung des Reichsrates. Der Missbrauch dieses Paragraphen hat in Oesterreich dazu geführt, dass die Regierung das Budget, die Festsetzung des Friedensstandes des Heeres und viele andere Gesetze absolutistisch verfügt, so oft das Parlament durch die nationalistische Obstruktion gelähmt ist.

Die Landtage.

Das Staatsgebiet ist in 17 Kronländer (Provinzen) geteilt. Jedes Kronland hat einen Landtag. Die Landtage werden noch auf Grund des Kurienwahlrechtes gewählt, ähnlich wie früher das Abgeordnetenhaus. Die Sozialdemokratie ist daher in vielen Landtagen überhaupt nicht, in anderen nur durch wenige Abgeordnete vertreten.

Auch die Länder sind national gemischt. Die grössten Kronländer sind:

	Ein- wohner	u n d z w a r	
		Millionen	Millionen
Galizien	7,980.477	4·7 Polen	3·2 Ruthenen
Böhmen	6,712.944	4·2 Tschechen	2·5 Deutsche
Niederösterreich	3,264.110	3·1 Deutsche	0·1 Tschechen
Mähren	2,604.857	1·9 Tschechen	0·7 Deutsche
Steiermark	1,394.699	1 Deutsche	0·4 Slowenen
Tirol	916.261	0·5 Deutsche	0·4 Italiener

Auch in den Landtagen toben daher nationale Kämpfe und die Obstruktion der nationalen Minderheiten. Die Sozialdemokratie fordert, dass an die Stelle der national gemischten Kronländer national einheitliche Verwaltungsgebiete treten.

Die Gemeindevertretungen werden auf Grund eines Privilegienwahlrechtes gewählt. Der Einfluss der Arbeiterschaft auf die Gemeinden ist daher gering.

Die besonderen Schwierigkeiten der österreichischen Sozialdemokratie.

Unsere ausländischen Genossen können schon aus dieser Darstellung die besonderen Schwierigkeiten

erkennen, die dem Kampf der Arbeiterklasse in Oesterreich entgegenstehen. Gerade die wichtigsten politischen Angelegenheiten sind Oesterreich mit Ungarn gemeinsam; so die auswärtige Politik, das Heer und die Marine, der Zolltarif und die Handelsverträge. Ungarn aber ist noch ein agrarisches Land, seine industrielle Arbeiterklasse gering an Zahl, durch die feudale Gesetzgebung entrechtet, ohne Vertretung im Parlament. Aber auch in den anderen Angelegenheiten, über die Oesterreich selbständig entscheidet, ist der Kampf überaus schwer: der fortwährende nationale Kampf lenkt die Aufmerksamkeit der Volksmassen von den sozialen Fragen ab, er lähmt das Parlament und führt immer wieder den Absolutismus des § 14 herbei. Aus den Vertretungen der Länder und der Gemeinden schliesst der Steuerzensus die Sozialdemokratie aus.

Die Gliederung der österreichischen Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Gesamtpartei gliederte sich bis 1910 in sechs nationale Gruppen: die deutsche, die tschechische, die polnische, die ruthenische, die-südslawische und die italienische Sozialdemokratie. Jede dieser sechs nationalen Parteien hat ihre besondere Organisation, ihre besonderen nationalen Parteitage und ihre besondere nationale Parteivertretung. Die Gesamtpartei aber vertraten die internationalen Gesamtparteitage und die internationale Gesamtexekutive. Die Gewerkschaften dagegen waren einheitlich. Sie gliederten sich nicht nach Nationen, sondern nach Berufen und Industriegruppen.

Ein Teil der tschechischen Genossen unternahm nun den Versuch, die tschechischen Arbeiter aus den internationalen Gewerkschaften loszulösen und sie in besonderen tschechischen Gewerkschaften zu vereinigen. Dieser Versuch wurde fortgesetzt, obwohl die Internationale ihn in Kopenhagen verurteilte. Dies führte zur Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie. Sie zerfällt jetzt in die „Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (Zentralisten), die, dem Kopenhagener Beschluss treu, an den internationalen Gewerkschaften festhält, und in die „Tschechoslawische Sozialdemokratie“ (Separatisten),

die die tschechischen Arbeiter auch in den Gewerkschaften von den Proletariern der anderen Nationen trennen will. Als die Gesamtexekutive beschloss, den tschechischen Zentralisten Sitz und Stimme zu gewähren, traten die tschechischen Separatisten aus der Gesamtpartei aus. Sie führen seitdem einen heftigen Kampf gegen die internationale Gesamtpartei.

Ueber die Stärke der einzelnen sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich unterrichten die Ergebnisse der Reichsratswahlen im Jahre 1911:

	Sozialdemokratische Stimmen	Abgeordnete
Deutsche	542.549	44
Tschechische Zentralisten	19.374	1
Polen	64.569	8
Italiener	23.068	3
Ruthenen	21.618	1
Südslawen	14.697	—
<hr/>		
Internationale Gesamtpartei	685.875	57
Tchechische Separatisten	357.234	25
<hr/>		
Zusammen	1,043.109	82

Die Sozialdemokratie in Wien.

Wien zählt 2,031.498 Einwohner. Von den Parteimitgliedern der deutschen Sozialdemokratie entfällt auf Wien ein Drittel, von den 542.549 deutschen sozialdemokratischen Stimmen 146.212, von den 415.195 in den internationalen Gewerkschaften vereinigten Arbeitern 156.367 (37·1 Prozent).

Die Machtverhältnisse der Parteien in Wien zeigen die Ergebnisse der Reichsratswahlen im Jahre 1911:

	Stimmen
Sozialdemokraten	146.212
Christlichsoziale	134.951
Liberales und Deutschnationale	47.515

Die überwiegende Mehrheit der Wiener Arbeiter gehört der deutschen Sozialdemokratie an. Auch die tschechischen Arbeiter in Wien sind Mitglieder der internationalen Gewerkschaften. Nur ein sehr kleiner Teil der in Wien arbeitenden tschechischen Arbeiter

steht im Lager der Separatisten. Bei den Gemeinderatswahlen im Jahre 1912 erhielten die Kandidaten der Separatisten, obwohl sie auch von den bürgerlichen Tschechnationalen unterstützt wurden, nur 13.242 Stimmen, während die Kandidaten der deutschen Sozialdemokratie bei diesen Wahlen 118.526 Stimmen auf sich vereinigten.



Die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung.

Revolutionsjahr 1848.

1848.

Im Revolutionsjahr betritt die österreichische Arbeiterschaft zum ersten Male die Bühne der Geschichte. Teilnahme der Wiener Arbeiter am Märzaufrstand. Sieg der Revolution.

Erwachen des Klassengegensatzes zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft. Lohnbewegungen. Gründung eines Arbeitervereines. Strassenkämpfe zwischen Arbeitern, die gegen die Herabsetzung der Löhne bei öffentlichen Notstandsbauten demonstrieren, und bürgerlichen Nationalgardisten. (23. August.)

Im Oktober Belagerung der Stadt Wien durch die kaiserlichen Truppen. Heldenhafte Verteidigung durch die Arbeiterschaft. Einnahme der Stadt. Blutbad. Brutale Herrschaft der Reaktion.

Die ersten Organisationen.

1867.

Erschütterung des Absolutismus durch die Niederlage Oesterreichs im Krieg gegen Preussen und Italien. Liberales Ministerium. Staatsgrundgesetze sichern den Völkern konstitutionelle Verfassung und Freiheiten, darunter Vereins- und Versammlungsrecht.

Die Arbeiter machen von dem Vereins- und Versammlungsrecht sofort ausgiebigen Gebrauch. Gegensatz zwischen den Lassalleanern und Anhängern des preussischen Nationalliberalen Schultze-Delitzsch. Sieg der Lassalleaner.

1868.

Gründung der ersten lokalen Gewerkvereine. (Früher bestanden nur einige Arbeiter-Unterstützungskassen für einzelne Fabriken sowie Unterstützungs- und Fortbildungsvereine der Buchdrucker.)

1869.

Teilnahme der österreichischen Sozialdemokraten am Eisenacher Kongress. Die Regierung erklärt Vereine auf Grundlage des Eisenacher Programms als „staatsgefährlich“.

Kampf um das Koalitionsrecht.

Versammlungskampagne. 13. Dezember grosse Strassendemonstration in Wien. Die Regierung gibt nach. Das Parlament beschliesst Koalitionsfreiheit.

1870.

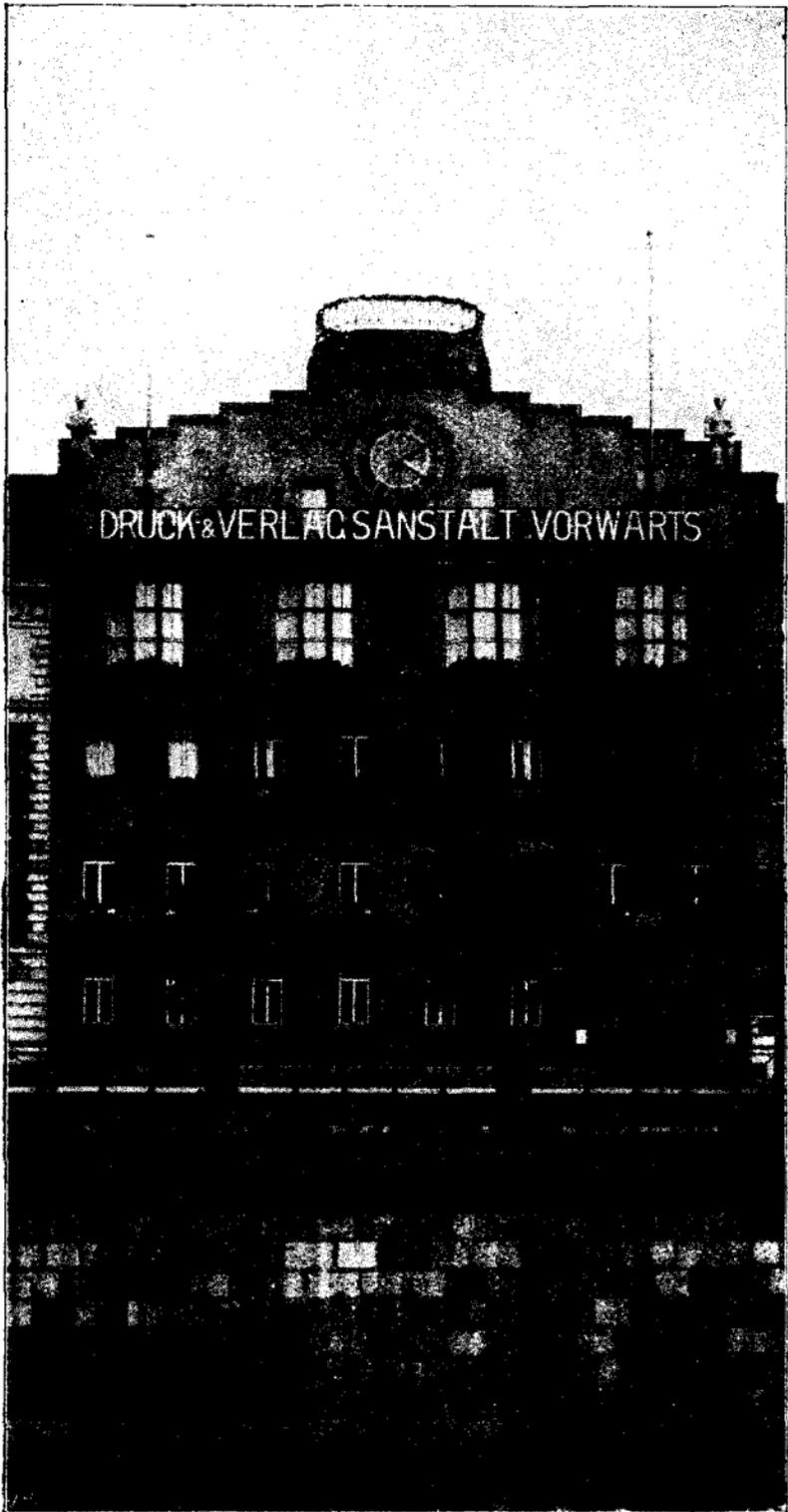
Nachträglich werden die Führer der Demonstration verhaftet. Hochverratsprozess. Verurteilung zu schweren Strafen.

Behördliche Auflösung sämtlicher Wiener Arbeitervereine. Strassendemonstrationen. Zusammenstöße mit der Polizei und Militär. Die Regierung verspricht die Neubildung der Arbeitervereine zu gestatten.

Wirtschaftskrise, Niedergang.

1873.

Zusammenbruch der Konjunktur. Niedergang der Gewerkschaften und Parteivereine. Streit zwischen den Parteiführern Heinrich Oberwinder und Andreas Scheu. Zeitweise Spaltung der Bewegung.



Parteihaus, V, Rechte Wienzeile 97.

Radikale und Gemässigte.

1880.

Infolge der Herrschaft des Sozialistengesetzes in Deutschland gehen die Parteiblätter ein, die vordem auch von den österreichischen Arbeitern gelesen worden waren. Sie werden ersetzt durch radikal anarchistelnde Zeitungen (Johann Mosts „Freiheit“), die Verwirrung stiften.

Die österreichische Regierung verfolgt die Arbeiterbewegung. Vereinsauflösungen, Versammlungsverbote, Zeitungskonfiskationen, Bestrafung der Vereinsfunktionäre.

Die von Anarchisten beeinflussten Arbeiter wollen Gewalt mit Gewalt vergelten. Propaganda der Tat.

Ausnahmszustand, Verfolgungen.

1884.

Attentate auf Kapitalisten und Polizeibeamte. Verhängung des Ausnahmszustandes über Wien und Umgebung. Hunderte Sozialdemokraten — Radikale und Gemässigte — verhaftet und zwangsweise in ihre Heimatsgemeinden abgeschoben. Gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

1885 und 1886.

Die Arbeiter versuchen die Gründung geheimer Organisationen. Geheimbündprozesse, furchtbare Strafen.

Der bürgerliche Freisinn sieht der Niedertrampelpung der Arbeiterbewegung teilnahmslos zu. Nur die Abgeordneten Ferdinand Kronawetter und Engelbert Pernerstorfer (damals Demokraten) erheben ihre Stimme zu energischen Protesten gegen die Polizistenwillkür.

Einigung.

1886.

Viktor Adler gibt die „Gleichheit“ heraus. Um sie sammeln sich die versprengten Reste beider Fraktionen. Nach langen Bemühungen gelingt die Einigung.

1888.

Der Hainfelder Parteitag erklärt den Parteizwist für beendet und beschliesst die Gründung der geeinigten sozialdemokratischen Partei.



Arbeiterheim Favoriten, X, Laxenburgerstrasse 8.

An der Programmberatung wirkt Karl Kautsky mit.

Die erste Maifeier; Aufschwungszeit.

1890.

Der Beschluss des Pariser Internationalen Sozialistenkongresses, am 1. Mai durch Arbeitsruhe zu demonstrieren, erweckt in Oesterreich begeisterten Widerhall. Die Arbeiterschaft rüstet zur Maifeier. Das Bürgertum ist erschreckt, die Regierung trifft umfassende militärische Vorkehrungen. Die besonnene Disziplin der Arbeiterschaft verhindert einen blutigen Zusammenstoß; die erste Maifeier verläuft ruhig und würdevoll.

1891.

Zahlreiche Lohnbewegungen. Aufblühen der Gewerkschaftsbewegung. Abhaltung von Fachkongressen, die den Grund zu einer zentralistischen Organisationsform legen.

1892.

Gründung des ersten gewerkschaftlichen Reichsverbandes (Metallarbeiter). Bisher hatte die Regierung keine Reichsverbände geduldet.

1893.

Erster allgemeiner Gewerkschaftskongress.

Gründung der Gewerkschaftskommission.

Die erste Wahlreform.

Die Regierung des Grafen Taaffe kommt infolge Aufblühen des nationalen Radikalismus in Schwierigkeiten. Sie sucht dieselben durch eine Wahlreformvorlage zu bannen.

1894.

Die bürgerlichen Parteien, über die Wahlreform ergrimmt, stürzen die Regierung Taaffe, die Wahlreform scheint begraben. Ein Teil der Ar-

beiterschaft verlangt den Generalstreik zur Er-
ringung des Wahlrechtes. Der Parteitag in Wien be-
schliesst, vorläufig davon Abstand zu nehmen.

1896.

Die Regierung Badeni macht eine Wahlreform.
(Allgemeines Wahlrecht, aber ungleich.)

Die Arbeiter nur in einer allgemeinen V. Kurie
mit 72 Mandaten wahlberechtigt.

Nationale Gliederung der politischen Organisation.

Ein Parteitag der tschechoslawischen
Sozialdemokratie (der Budweiser Parteitag,
27. Dezember 1893) hatte die Gründung einer eige-
nen tschechischen, politischen Organi-
sation beschlossen. Dieselbe blieb aber vorerst mit
der Internationalen Gesamtpartei in enger Fühlung.

1896.

Gesamtparteitag in Prag (5. bis 11. April) trägt
der eigenen tschechischen Parteiorganisation Rech-
nung, indem er beschliesst, dass die Gesamtlei-
tung der österreichischen Sozialdemokratie aus Ver-
tretungen der deutschen, tschechischen und
polnischen Organisationen zusammengesetzt sein
soll. Die italienischen und slowenischen
Genossen, deren Organisation erst in den Anfängen
war, haben in der Gesamtparteileitung eine entspre-
chende Vertretung.

1897.

Gesamtparteitag in Wien (6. bis 12. Juni) führt
die vom Prager Parteitag angebahnte nationale Gliede-
rung der österreichischen Sozialdemokratie durch.

Die Gesamtpartei setzt sich nunmehr zusammen
aus der

deutschen,
tschechischen,
polnischen,
italienischen,
südslawischen

Organisation. Die ruthenische Arbeiterorganisation er-
klärt, prinzipiell auf dem gleichen Boden zu stehen.

Dieser Gesamtparteitag beschloss auch ein Organisationsstatut für die deutsche Sozialdemokratie. Im folgenden Jahre (29. Mai bis 29. Juni 1898) erster Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Linz.

Die ersten Wahlschlachten.

1897.

Bei den ersten Wahlen (Badenis V. Kurie) erobert die internationale Sozialdemokratie 14 Mandate.

Der nationale Streit bedroht die Regierung Badeni. Sie versucht sich durch Gewalttätigkeiten und Verfassungsbrüche gegen die im Parlament obstruierenden Deutschen zu helfen (Lex Falkenhayn). Die sozialdemokratischen Abgeordneten beantworten die Gewalttaten gegen die Obstruktion mit einem Sturm auf die Präsidentenbühne des Abgeordnetenhauses. Verjagung des rechtsbrüchigen Präsidenten. (26. November 1897.)

Gleichzeitig marschieren die Wiener Arbeiter zu Zehntausenden vor das Parlament. Stürmische Demonstrationen. Sturz der Regierung Badeni.

1900.

Das Parlament kommt aber in den folgenden Jahren wegen der nationalen Streitigkeiten zu keiner fruchtbaren Arbeit. Einmal obstruieren die Deutschen, ein anderes Mal die tschechischen bürgerlichen Parteien. Schliesslich Auflösung des Parlaments.

1901.

Bei den Neuwahlen Vordringen des nationalen Radikalismus. Die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten sinkt auf 11.

Die Anfänge des Separatismus.

Mitten im Lärm des nationalen Chauvinismus hat sich die Sozialdemokratie (Brünner Parteitag 1899) ein nationales Programm gegeben, das den Grundsatz der nationalen Autonomie für alle Nationen verkündet.

Bald aber treten in der Arbeiterbewegung selbst nationale Gegensätze auf. Sie machen sich zuerst in den Gewerkschaften bemerkbar. Die tschechischen Gewerkschafter verlangten eine grössere Berücksichtigung der nationalen Bedürfnisse ihrer Mitglieder, welchen Wünschen die Zentralverbände — bei allem Entgegenkommen — nicht restlos entsprechen konnten.

Die Reibungen führten vorerst zur Gründung einer eigenen tschechoslawischen Gewerkschaftskommission in Prag (1897).



Arbeiterheim Ottakring, XVI, Kreitnergasse 31.

1904.

Nach einiger Zeit scheint aber in Kreisen der tschechischen Gewerkschafter die Einsicht von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zentralismus wiederzukehren. Gestärkt wird diese Einsicht durch das gemeinsame Vorgehen bei grossen Kämpfen (Bergarbeiterstreik 1900).

Auch das grosse Aufflammen des Wahlrechtskampfes trägt zur Schätzung gemeinsamen Wirkens bei.

Bevor indes die Einigkeitsbestrebungen zum Abschluss kamen, traten neue Streitigkeiten auf, die schliesslich bis zur ZerreiSSung fast sämtlicher gewerkschaftlicher Zentralverbände führen.

Das allgemeine, gleiche Wahlrecht.

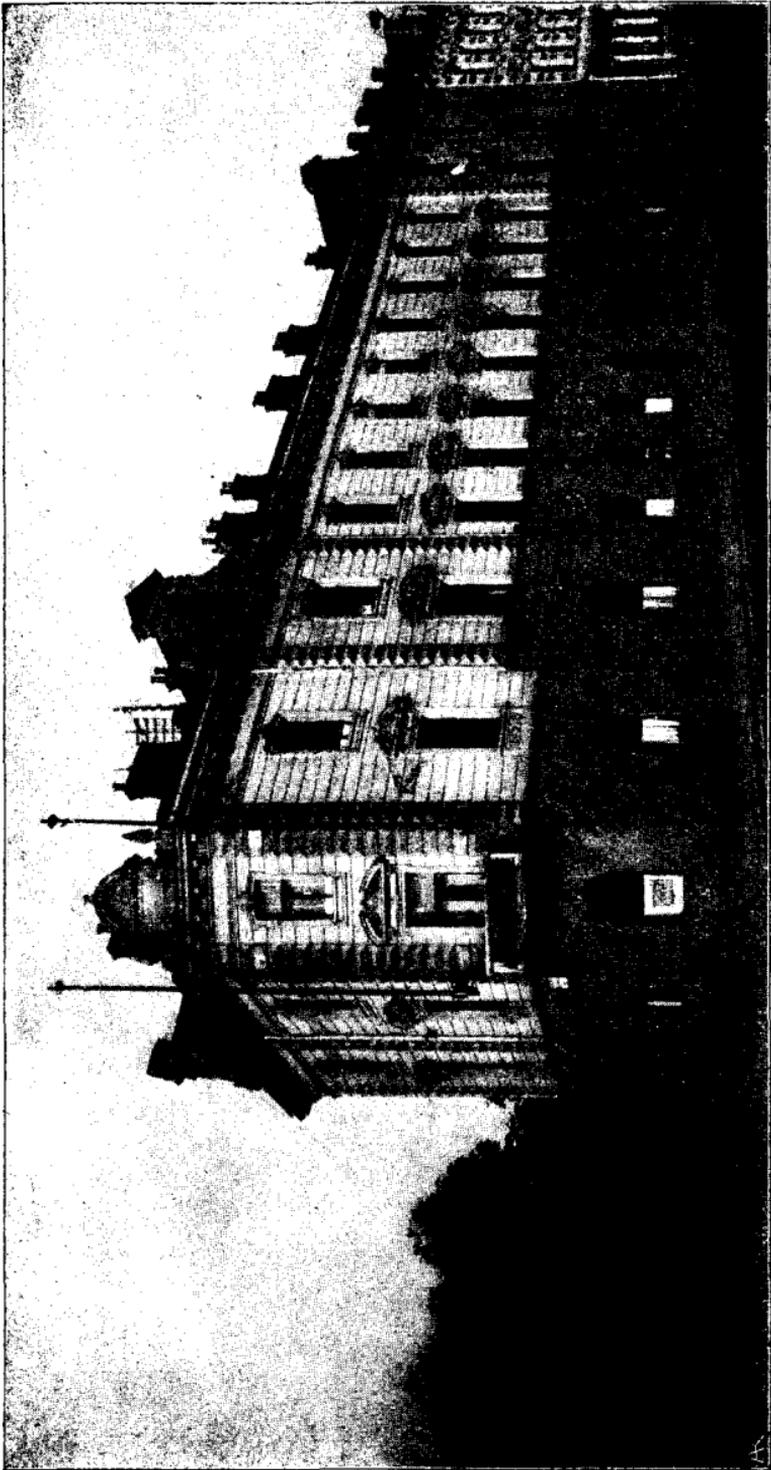
1905.

Die Grundbesitzermehrheit des ungarischen Parlaments kommt mit dem Hof, welcher die Erfüllung militärischer Forderungen verlangt, ohne nationale Konzessionen (magyarische Kommandosprache) gewähren zu wollen, in Konflikt. Die Regierung Fejervary-Kristoffy lässt durch kaiserliche Soldaten das Parlament auseinanderjagen. Gleichzeitig appelliert sie an die Völker, denen das allgemeine und gleiche Wahlrecht versprochen wird. (10. August 1905.)

Die österreichische Regierung Gautsch protestiert gegen diese Wahlreform (22. August 1905). Daraufhin erhebt sich die österreichische Arbeiterschaft zu einem neuen Wahlrechtskampf.

Zur selben Zeit bricht in Russland die Revolution aus. Spannungsvoll lauschen die österreichischen Arbeiter den Nachrichten aus Russland.

Am 30. Oktober war in Wien ein Gesamtparteitag versammelt, um die Organisierung des Wahlrechtskampfes zu beraten. Da trifft die Kunde vom Sieg der russischen Revolution (Oktobermanifest des Zaren) ein. Noch am selben Tage



Arbeiterheim Floridsdorf, XXI, Angererstrasse 14.

Massendemonstration auf der Wiener Ringstrasse vor der Hofburg.

Auf den Eisenbahnen beginnt eine „passive Resistenz“, die den ganzen Verkehr lähmt, das wirtschaftliche Leben ins Stocken bringt.

Am 1. November beschliesst der Parteitag, dass im geeigneten Moment der Generalstreik proklamiert werden soll.

Am 2. November fand im Anschluss an eine Massenversammlung auf der Wiener Ringstrasse neuerdings eine Demonstration statt, welche in einem blutigen Zusammenstoss mit der Polizei endete. Zwei Tage später ein Kampf in Prag.

Nunmehr (4. November) verspricht die Regierung Gautsch die Wahlreform.

Am Tage des Zusammentrittes des Parlaments (28. November), herrscht in allen Industrieorten des Reiches Arbeitsruhe. Ueberall finden Massenversammlungen statt. An der Wiener Demonstration nehmen 200.000 Personen teil.

1906.

Am Beginn des Jahres legt die Regierung Gautsch dem Parlament einen Wahlreformentwurf vor.

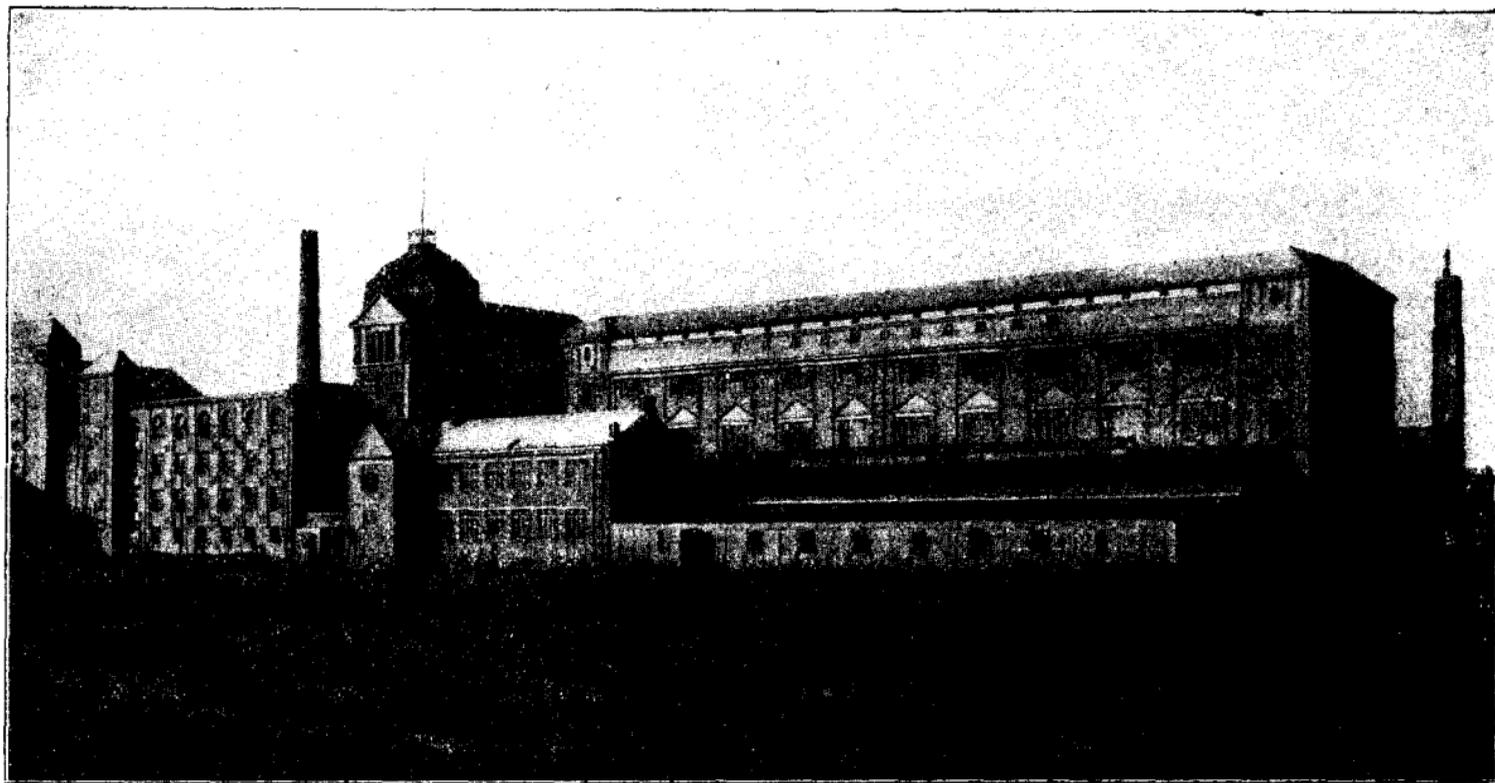
Als im Juni die Verhandlungen über die Wahlreform im Parlament ins Stocken kamen, kündigte der Parteivorstand einen dreitägigen Generalstreik in Wien an.

Die Regierung sieht sich vor, indem sie grosse Truppentransporte nach Wien veranlasst. Unter dem Druck dieser Ereignisse gelingt es indess im Wahlreformausschuss des Parlaments eine Einigung über die bisher strittig gewesene Verteilung der Mandate auf Deutsche und Tschechen herbeizuführen. Am Beginn des Jahres 1907 ist die Wahlreform fertig.

Der grosse Wahlsieg.

1907.

Die ersten Wahlen unter dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht bringen der Sozialdemo-



Hammerbrotwerke in Schwechat bei Wien.

kratie einen über alle Erwartungen grossen Erfolg. 87 sozialdemokratische Abgeordnete ziehen in das Parlament ein.

Erhöhte nationale Schwierigkeiten.

Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens stärkt bisher einflusslose Nationen (Ruthenen, Slowenen). Das tschechische Bürgertum, durch eine rasche wirtschaftliche Entwicklung erstarkt, fordert mit noch grösserer Entschiedenheit die Erfüllung nationaler Forderungen.

Die nationalen Schwierigkeiten ergreifen mehr und mehr auch die Arbeiterbewegung. Ein Teil der tschechischen Sozialdemokraten löst sich von der Internationale der österreichischen Arbeiter.

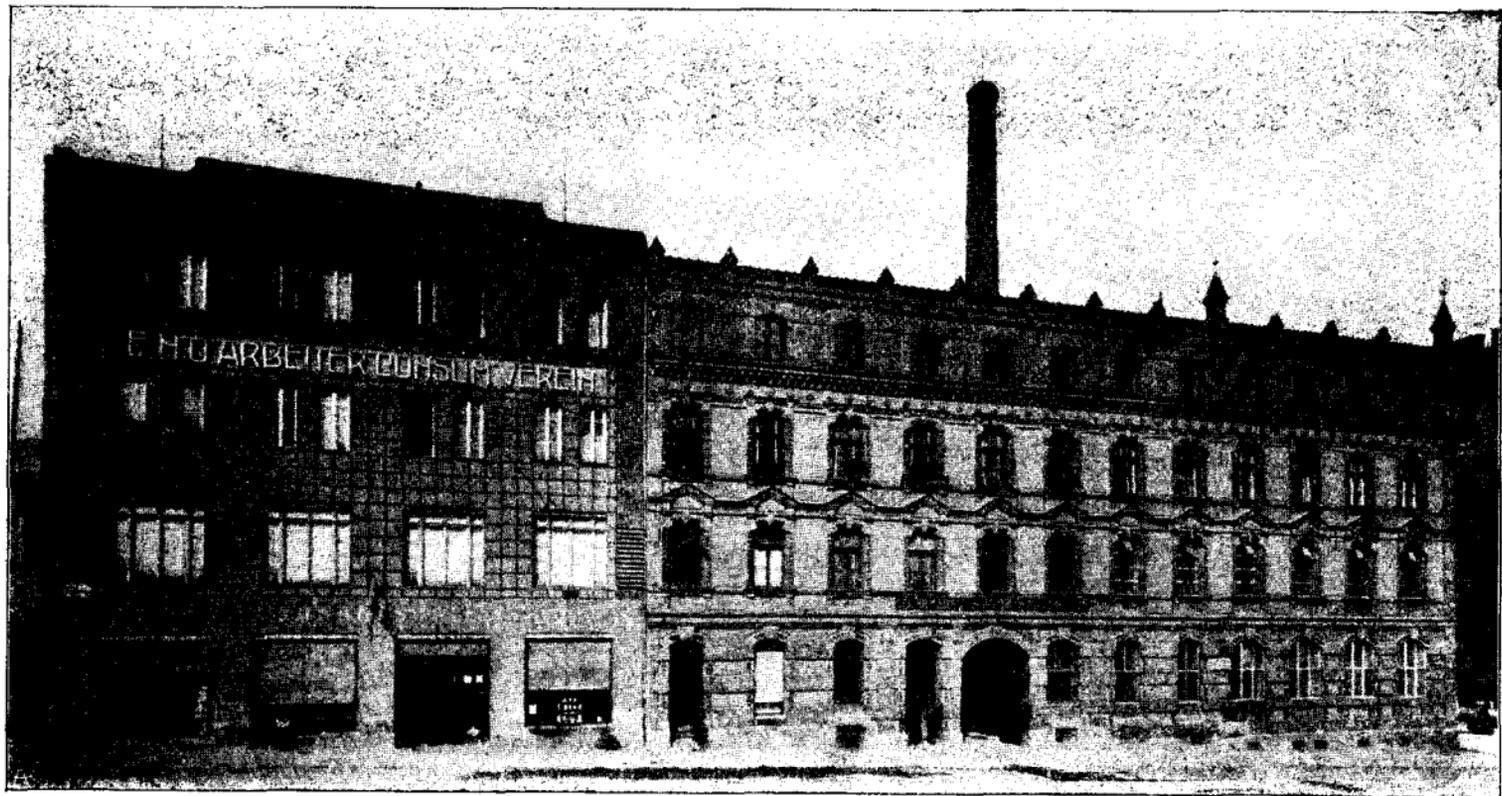
1910.

Gründung einer neuen tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welche auf dem Boden des Internationalismus und gewerkschaftlichen Zentralismus steht.

Der Internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen verurteilt den gewerkschaftlichen Separatismus, welcher die notwendige internationale Einigkeit der Gewerkschaften zerstört.

Die neue Internationale.

Der Innsbrucker Parteitag der deutschen Sozialdemokratie (1911) spricht die Anerkennung der neugegründeten tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus. Die neue Partei wird in die internationale Gesamtpartei Oesterreichs aufgenommen. Die Separatisten brechen nunmehr die Beziehungen zur österreichischen Internationale ab. Die internationale Gesamtpartei besteht aus der deutschen, polnischen, slowenischen, ruthenischen, italienischen und tschechisch-zentralistischen Sozialdemokratie.



Erster niederösterreichischer Arbeiter-Konsumverein, XII. Bez., Wolfganggasse 58.

Teuerungskämpfe.

1911.

Parlamentsauflösung. Neuwahlen. Gewählt werden 57 Abgeordnete der internationalen Gesamtpartei und 25 Separatisten.

Das neugewählte Parlament sieht sich dem grossen Problem einer furchtbaren Lebensmittelteuerung gegenüber. Völliges Versagen der von den Agrariern beherrschten Regierung und der bürgerlichen Parteien. Zahlreiche Massenkundgebungen im ganzen Reich. Am 17. September allgemeiner Demonstrationstag. In Wien blutige Zusammenstösse der Demonstranten mit dem Militär, Aufseiten der Arbeiter drei Tote und zahlreiche Verwundete.

Rache der Machthaber durch die Verhängung wahnsinnig hoher Strafen über die verhafteten Demonstranten.

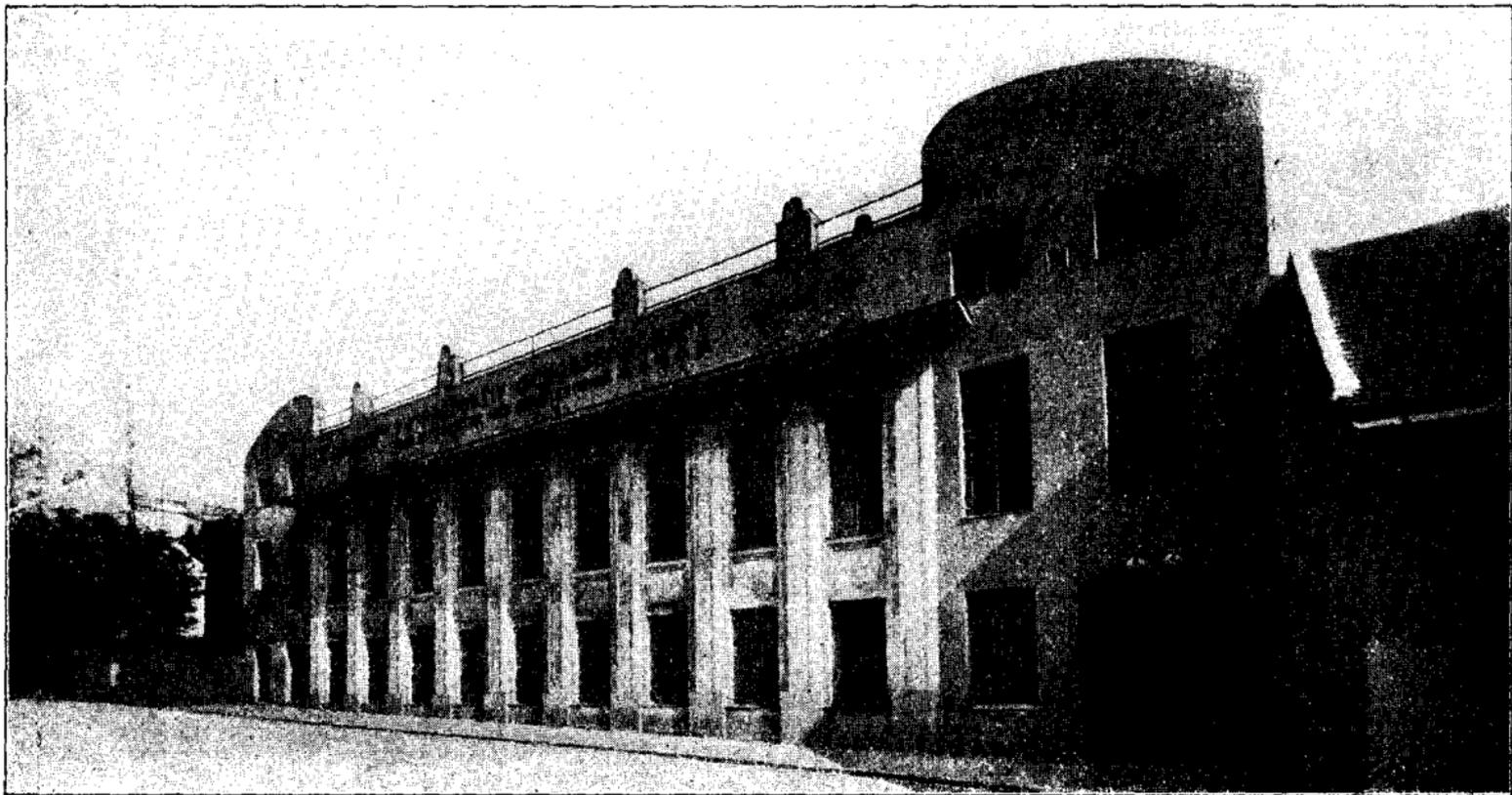
Franz Schuhmeiers Ermordung.

1913.

Ein Christlichsozialer ermordet, von Parteileidenschaft verblindet, am 11. Februar einen der besten Männer des österreichischen Proletariats. Franz Schuhmeiers Tod reisst eine schwer zu füllende Lücke in die Reihen der Parteigenossen.

Zuspitzung der Klassengegensätze.

Schon bei den Neuwahlen im Jahre 1911 war vielfach ein gemeinsames Vorgehen der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie wahrzunehmen. In den folgenden Jahren trat mehr und mehr das Bestreben zutage, einen geschlossenen Ring aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu bilden. In der Tat gehen die Bürgerlichen, die sonst durch viele Gegensätze getrennt sind, sofort gemeinsam vor, wenn es sich darum handelt, der Arbeiterbewegung entgegen-



Produktivgenossenschaft der Hutarbeiter, XIII, Hägelingasse 4 6,

zutreten. Unterstützt werden sie dabei von der Regierung.

Die Zuspitzung der Klassengegensätze wirkt auf die Arbeiterbewegung wie härtendes Feuer auf werdenden Stahl. Der heftig emporlodernde Klassenkampf weckt neue, begeisterte Kampfesfreudigkeit.



Die Wiener Arbeiterbewegung.

Die Kämpfe der Wiener Arbeiterschaft sind der Internationale nicht unbekannt. Der fünfzehnjährige Wahlrechtskampf, der im Jahre 1907 mit einem vollen Erfolg geendet hat, brachte die Arbeiterbewegung in ausserordentliche Situationen, stellte die höchsten Anforderungen an sie. Im Feuer eines nie erlahmenden Kampfes ist die Wiener Arbeiterbewegung emporgewachsen.

Zensur !

Sie haben aber auch gelernt, in stiller, zäher Organisationsarbeit wirkliche Armeen zu formen; sie haben unverdrossen Erziehungsarbeit auf allen Gebieten geleistet mit dem Ernst und Eifer, der das Kennzeichen der deutschen Arbeiterbewegung ist. Sie haben eine soziale Tätigkeit in ausserordentlich hohem Masse entfaltet, die der Gesamtarbeiterschaft zum Segen gereicht. Ihr Einfluss erstreckt sich auf alle Gebiete. Ihre Tätigkeit ist die denkbar mannigfaltigste.

Die politische Organisation.

Die politische Organisation des deutschen Wiener Proletariats ist auf politischen Vereinen aufgebaut. Jeder der 21 Wiener Stadtbezirke hat einen politischen Verein. Die Zahl der männlichen Parteimitglieder in ganz Wien war am 30. Juni 1914 41.548, die der weiblichen Parteimitglieder, welche in gesonderten Frauenorganisationen zusammengefasst sind, betrug am 30. Juni 1914 4946.

In zwölf von 21 Stadtbezirken bilden die Arbeiter die Mehrheit der Bevölkerung und der Wähler. Dort

sind natürlich auch die stärksten Parteiorganisationen. Jedes Wiener Parteimitglied zahlt einen Wochenbeitrag von 14 h. Damit ist die Reichs- und Landesparteisteuer und die Steuer für den Bezirk bezahlt. Jedes Mitglied bekommt für diesen Beitrag auch ein politisches Wochenblatt, die „Volkstribüne“. Sie wird von Vertrauensmännern, nicht von berufsmässigen Zeitungsspediteuren in die Wohnungen der Parteimitglieder gebracht, wenn der Parteibeitrag einkassiert wird. So werden an jedem Dienstag abends alle Parteimitglieder besucht, wodurch eine sehr enge Beziehung zwischen ihnen und der Organisation hergestellt wird. Dreitausend Vertrauensmänner, davon allein 360 im X. (Favoriten) und 600 im XVI. Bezirk (Ottakring), besorgen diese Arbeit. In fünf Bezirken gibt es bereits angestellte Sekretäre.

Neun Zehntel der Parteimitglieder sind Arbeiter, etwa je ein Zwanzigstel rekrutiert sich aus den Kreisen der Beamten und Angestellten sowie der Selbständigen. Die Intellektuellen bilden kaum ein Prozent der Mitgliedschaft. Die stärksten Kontingente stellen die Metallarbeiter, Holzarbeiter, Buchdrucker, Eisenbahner, Transportarbeiter, Bäcker und Bauarbeiter.

Die politischen Organisationen der 21 Stadtbezirke bilden zusammen die Organisation Wien mit einem gemeinsamen Vorstand, der zugleich auch der Vorstand der Landesorganisation Niederösterreich ist. Die politische Organisation entfaltet ihre Tätigkeit in engster Fühlung mit den anderen Zweigen der Arbeiterbewegung. In den Bezirkskonferenzen, die über alle wichtigen Aktionen entscheiden, sind ausser den Mitgliedern der Parteiorganisation auch alle Gewerkschaftsgruppen und anderen zur Partei gehörigen Vereine (Sportvereine u. s. w.) vertreten. In der Wiener Konferenz, in welche die 21 Bezirksorganisationen entsprechend der Zahl ihrer Parteimitglieder Delegierte entsenden, sind auch alle Zentralvorstände der Gewerkschaften, die Redaktionen aller Gewerkschaftsblätter, alle genossenschaftlichen Organisationen vertreten. Auch auf den Parteitagen erscheinen die Vertreter der in den beruflichen Zentralverbänden organisierten Genossen und ihrer Fachpresse.

Nur mit einer starken, gut funktionierenden Organisation lässt sich in Wien ein Wahlkampf erfolgreich durchführen. Der Wiener Magistrat als die Behörde, welche die Anfertigung der Wählerlisten und die Durchführung der Wahlen besorgt, stellt sich skrupellos und unter Anwendung des offenen Missbrauches der Amtsgewalt in den Dienst der herrschenden christlichsozialen Partei. Jedes Vertrauen auf die Rechtllichkeit und auf die Einhaltung der Gesetze ist



Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse, VI, Mollardgasse 8.

geschwunden. Wider Recht und Gesetz vollbringt der Magistrat sein Werk. Er lässt bei der Anlegung der Wählerlisten Tausende Arbeiter aus, er bringt Hunderte Nichtwähler, Verzogene und Verstorbene in die Listen. So soll die Sozialdemokratie um Stimmen gebracht werden und die herrschende Partei mit Hilfe der nicht existierenden Wähler das Wahlgluck korrigieren. Ein beispielloser Terror zur Beeinflussung der 25.000 städtischen Angestellten bildet die Ergänzung zu diesem System. Um die sonderbare Amtstätigkeit dieser Behörde zu kontrollieren, bedarf es eines umfangreichen Apparates. Man muss mitansehen, was die Wiener Organisation in den 14 Tagen der Reklamationsfrist, in der die Wählerlisten zum Zwecke von Richtigstellungen aufliegen, alles leistet. Von Strasse zu Strasse, von Haus zu Haus, von Stiege zu Stiege, von Tür zu Tür eilen die Vertrauensmänner, um festzustellen, ob die Wohnparteien wahlberechtigt sind oder nicht. Der auf diese Weise zustande gekommene Kataster der Organisationen wird mit der Wählerliste verglichen. Hierbei wurden zum Beispiel bei den letzten Reichsratswahlen im Jahre 1911 solche Fehler in den amtlichen Listen festgestellt, dass nicht weniger als 42.087 Reklamationen eingebracht werden mussten, von denen 30.370 als berechtigt anerkannt worden sind. Da jede Reklamation mit einer Reihe amtlicher Dokumente des betreffenden Wählers belegt sein muss, lässt sich aus diesen Ziffern schon erkennen, welche riesenhafte Arbeit in einer Wiener Wahlkampagne geleistet wird, nur um den Wählern ihr gesetzlich gewährleitetes Recht zu sichern. Wahltechnische Gründe sind zum guten Teil massgebend dafür, dass sich in Wien neben den Christlichsozialen eine andere bürgerliche Partei nicht entwickeln kann. Trotz beispielloser Hindernisse gelang es bei den letzten Reichsratswahlen, von den 33 Mandaten, welche auf die 21 Wiener Stadtbezirke entfallen, 30 den Christlichsozialen zu entwenden. 19 davon kamen in unseren Besitz.

Obwohl die Christlichsozialen nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung bilden — in Wien ist die Wahlpflicht gesetzlich eingeführt, und mehr als 90 Prozent der Wähler erscheinen bei der Urne, so dass ein

Urteil über die Gesinnung der gesamten Wählerschaft möglich ist — beherrschen sie die Gemeinde. Von den 165 Gemeinderatsmandaten besitzen sie nicht weniger als 131. Im Stadtrat, den der Gemeinderat wählt und der die eigentliche Herrschaft über die Gemeindeverwaltung ausübt, haben sie alle Sitze inne. Es gibt nur acht sozialdemokratische Gemeinderäte. Ein elendes Wahlunrecht, das den Arbeitern ein ernsthaftes Eingreifen in den Wahlkampf bloss für 21 von



Erholungsheim des Verbandes der Krankenkassen in Zeillern.

den 165 Mandaten ermöglicht, verursacht dies. Die schrankenlose Beherrschung des Rathauses verleiht der christlichsozialen Partei ihre grosse Machtstellung. Bei den Reichsratswahlen geht der sozialdemokratische Einfluss weit über die Arbeiter hinaus. Von den 146.212 Stimmen, die wir bei den letzten Wahlen in Wien erhalten haben, sind wohl etwa 40.000 von bürgerlichen Wählern abgegeben worden. Im Vergleich zur Zahl unserer Wähler tritt die Stärke der politischen Organisation hervor: fast die Hälfte unserer proletarischen Wähler gehört ihr an.

Die Kraft der politischen Organisation bewährt sich nicht bloss bei Wahlen. Sie erscheint in voller Grösse bei den Demonstrationen, deren sich die Wiener Arbeiterschaft im politischen Kampf seit jeher stark bedient hat. Die Ringstrasse, vor allem der Teil zwischen der Hofburg und der Universität mit dem grossen Rathausplatz ist in der Regel ihr Mittelpunkt. Dort flattert dann die rote Fahne. Dort ist auch nach dem Jahre 1848 wiederholt Arbeiterblut geflossen. Dort ward der Sieg im Wahlrechtskampf erfochten, als am 28. November 1905 in ganz Oesterreich die Arbeit ruhte und die Viertelmillion schweigend vor dem Parlament vorüberzog. Ueber die Ringstrasse bewegt sich alljährlich der Demonstrationszug am 1. Mai in den Prater.

Die Gewerkschaftsorganisation.

Weit umfassender noch als die politische ist die gewerkschaftliche Organisation des Wiener Proletariats. Sie ist international, während die politische Organisation national gegliedert ist und es also neben der geschilderten deutschen politischen Organisation auch eine tschechische gibt und ausserdem noch kleine Organisationen anderer österreichischer Nationen vorhanden sind. In engem Zusammenhang mit der politischen Organisation ist die gewerkschaftliche emporgewachsen. Da Wien politisch und wirtschaftlich der Mittelpunkt Oesterreichs ist, neben Wien im ganzen Reich nur eine geringe Zahl von Städten mit nennenswerter Einwohnerzahl in Betracht kommt, so ist Wien auch das wirkliche Zentrum der Arbeiterbewegung. Alle Gewerkschaftsverbände mit Ausnahme der Glas-, Porzellan- und Bergarbeiter haben in Wien ihren Sitz. Die Gewerkschaften zählten in Wien am 31. Dezember 1913 in 58 Verbänden mit 590 Gruppen 136.950 männliche und 19.417 weibliche Mitglieder. Die stärksten Kontingente stellen der Reihe nach die Metallarbeiter, die mehr als ein Fünftel der gesamten organisierten Arbeiterschaft Wiens ausmachen, die Holzarbeiter, Eisenbahner, Handlungsgehilfen, Buchdrucker und Bauarbeiter. Eine Zusammenfassung der Wiener Gewerkschaften in einem Kartell gibt es nicht. Die



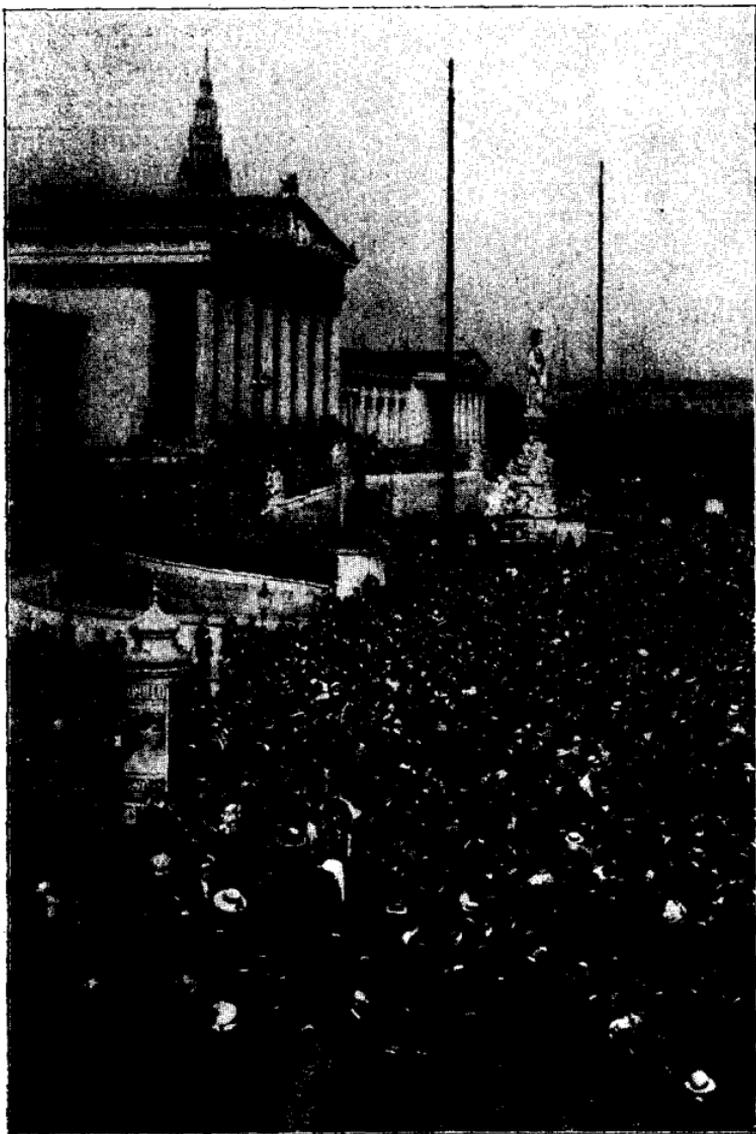
Vertreter Wiener Arbeitergruppen aus dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Reichsgewerkschaftskommission ist zugleich auch gewerkschaftliche Zentralstelle für Wien.

Die Wiener Gewerkschaften sind zum grossen Teil sehr gut entwickelt. Mit Ausnahme der städtischen Betriebe, in denen der Unternehmerterrorismus der christlichsozialen Gemeindeverwaltung die Organisationsarbeit ausserordentlich erschwert, ist die Gewerkschaftsbewegung siegreich in alle Berufe eingedrungen. Es gibt, von den höchstqualifizierten Arbeitern der polygraphischen Gewerbe angefangen bis etwa zu den Stallschweizern und Kanalräumern, keinen Beruf mehr ohne gewerkschaftliche Organisation. Sie erfasst die vielen Kleinbetriebe genau so wie die Fabriken bis zu den grössten Unternehmungen. Ja sie ist in sehr vielen Betrieben so gefestigt, dass Unorganisierte keine Arbeit mehr finden. In der Reihe der Gewerkschaften fallen die festen Organisationen der Staatsarbeiter auf. Da ist der Allgemeine Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein als eine Organisation aller Kategorien des Eisenbahnpersonals, das im Jahre 1905 die passive Resistenz durchgeführt und sich eine achtunggebietende Stellung errungen hat. Da ist die Organisation der Tabakarbeiterinnen in den staatlichen Tabakfabriken, die in den letzten zehn Jahren in Wien eine Lohnsteigerung von 47 Prozent errungen hat. Allerdings bleibt der Jahresdurchschnittslohn auch jetzt noch weit unter dem im Einkommensteuergesetz bestimmten Existenzminimum. Da sind starke Organisationen des neuen Mittelstandes, die der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, so die Organisationen der Handelsangestellten, der Versicherungsbeamten und der Zeitungsbeamten.

Neben unserer Gewerkschaftsbewegung spielen in Wien die gegnerischen Organisationen, von den städtischen Betrieben abgesehen, gar keine Rolle. Jede Tarifbewegung lässt als Vertragsschliessende nur die freien Gewerkschaften in Erscheinung treten. Bei gewerblichen Wahlen siegen die Listen unserer Gewerkschaften mit überwältigender Mehrheit, sehr häufig ohne dass überhaupt noch Gegenkandidaten aufgestellt werden. So gibt es in den Wiener Gewerbeberichten keine anderen Arbeiter-

beisitzer als die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten. In der Unfallversicherungsanstalt, in den berufsgenossenschaftlich organisierten Krankenkassen haben, von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen, ausschliesslich sozialdemokratische Ver-



Wahlrechtsdemonstration am 28. November 1905 vor dem Parlamentsgebäude.

trauensmänner die Leitung inne. Die Gewerkschaften haben sich aller Einrichtungen bemächtigt, die von Gesetzes wegen für die Arbeiter geschaffen worden sind. So gibt es in Oesterreich seit drei Jahrzehnten im Kleingewerbe Zwangsgenossenschaften für Unternehmer und Arbeiter. Sämtliche Vorstände der Arbeiterabteilungen, Gehilfenausschüsse genannt, mit Ausnahme der Gastwirtsgehilfen und einiger zahlenmässig unbedeutlichen Berufe, sind vollständig von sozialdemokratischen Vertrauensmännern besetzt.

Die Stärke der Gewerkschaftsbewegung kommt auch in ihren Errungenschaften zum Ausdruck. Obwohl das grosse und das kleine Unternehmertum in Wien über gute Organisationen verfügt, gelang es den Gewerkschaften, in jedem Lohnkampf Erfolge zu erringen. Seit langem schon gab es in Wien keine Lohnbewegung, welche für die Arbeiter erfolglos war. Die Arbeitszeit der meisten Industriearbeiter beträgt tarifarisch zwischen 52 und 53½ Stunden wöchentlich. Der freie Samstagnachmittag ist in sehr vielen Betrieben durchgesetzt. Manche Arbeiterkategorie hat bereits den Achtstundentag erobert, so die Lithographen, Retuscheure, Heliographen, Licht- und Kupferdrucker, Bildhauer, Juweliere und ein Teil der Maschinensetzer. Auch der bezahlte Erholungsurlaub ist in manchen Tarifen festgelegt, so für die Lithographen und die Brauereiarbeiter. Den Handlungsgehilfen ist er gesetzlich gewährleistet. Der 1. Mai ist in der Wiener Industrie ein Tag vollständiger Arbeitsruhe, kein Gegenstand des Kampfes mehr.

Die Genossenschaftsbewegung.

Die Wiener Genossenschaftsbewegung ist schon alt. Ihre Anfänge reichen bis in das Jahr 1864 zurück. Es gibt gegenwärtig vier grosse Arbeiter-Konsumvereine: Den Ersten niederösterreichischen Arbeiter-Konsumverein, den Konsumverein „Vorwärts“, den Konsumverein „Fünfhaus“ und den Konsumverein „Donaustadt“. Sie zählen zusammen rund 85.000 Mitglieder und hatten im Jahre 1913 mehr als 27 Millionen Kronen Umsatz. Die Eigenproduktion hat seit langem begonnen. Auch die Grosseinkaufsgesellschaft öster-



Teuerungsdemonstration auf der Ringstrasse am 2. Oktober 1910.

reichischer Konsumvereine, deren Jahresumsatz im Jahre 1913 mehr als 26 Millionen Kronen erreichte, hat in Wien ihren Sitz. Nach belgischem Muster wurden im Jahre 1909 die Hammerbrotwerke errichtet. Sie mussten an der Grenze Wiens in Schwechat erbaut werden, da die Wiener Stadtverwaltung durch Schikanen aller Art den Bau auf Wiener Gemeindegrund verhinderte. Das Werk ist heute die zweitgrösste Wiener Brotfabrik. Es hat mehr als 2000 Verkaufsstellen in Wien. Seine maschinellen Einrichtungen sind die modernsten, die sozialpolitischen Einrichtungen sind mustergültig. Dem Werk ist eine Dampfmühle angeschlossen, die als einzige in Oesterreich bereits den Achtsturentag eingeführt hat.

Die Propaganda für das Genossenschaftswesen wird von einer Zentralstelle für genossenschaftliche Werbe- und Bildungsarbeit einheitlich betrieben.

Auch Produktivgenossenschaften gibt es in Wien, so eine der Hutmacher, der Bauschlosser, der Schneider, der Klaviermacher, der Buchbinder, der Tischler. Sie stehen in enger Verbindung mit den Gewerkschaften ihrer Berufe.

Frauen- und Jugendbewegung.

Das reaktionäre österreichische Vereinsgesetz gestattet den Frauen den Zutritt zu politischen Vereinen nicht. Darum wurden politische Frauenorganisationen als sogenannte freie Organisationen ohne Statut geschaffen. Es gibt in Wien in jedem Bezirk eine solche. Zusammen haben sie 4946 Mitglieder. Sie entwickeln eine rege Tätigkeit auf dem Gebiet der politischen Erziehung der Frauen, greifen bei Wahlen helfend ein und fördern die Genossenschaftsbewegung. Ihre Propaganda erreicht alljährlich am Frauentag in grossen Kundgebungen für das Frauenwahlrecht den Höhepunkt. Dem Sekretariat des Parteivorstandes ist ein Frauensekretariat angegliedert.

Eigenartig ist die Wiener Jugendbewegung. Wien ist noch immer eine Stadt mit sehr starkem Kleingewerbe. Die Lehrlingsausbeutung ihr hier seit altersher im Schwange. Fast die Hälfte aller kleingewerb-

lichen Lehrlinge, deren es etwa 50.000 gibt, ist beim Handwerkermeister in Kost und Quartier, dem Lehrherrn also vollständig ausgeliefert. Die Gewerbeordnung enthält nur wenige Bestimmungen zum Schutz der Arbeiterjugend, und diese wenigen stehen bloss auf dem Papier. Die Gewerbeinspektoren kümmern sich um das Kleingewerbe fast gar nicht, und die Zwangsgenossenschaften, denen die Ueberwachung des Lehrverhältnisses anvertraut ist, begnügen sich zumeist mit der Einhebung von Gebühren bei der Aufnahme und der Freisprechung der Lehrlinge, entfalten aber keinerlei Fürsorgetätigkeit.

So gibt es in Wien ein spezifisches Lehrlingselend und als dessen Produkt eine besondere Lehrlingsbewegung. Sie begann schon im Jahre 1893. So hat Wien, von Belgien abgesehen, die älteste Jugendbewegung in der Internationale. Aus kleinen Anfängen wuchs ein grosser deutscher Verband der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs empor, der heute die stärkste selbständige Jugendorganisation der Internationale ist. Sie führt den Kampf um die Einhaltung der Lehrlingsschutzgesetze durch eigene Kommissionen, welche in Ermanglung genügender amtlicher Gewerbeinspektoren selbst eine Kontrolltätigkeit ausüben. Der Verein der genossenschaftlichen Gehilfenvertreter hat eine eigene Lehrlingsschutzstelle und eine ärztliche Untersuchungsstelle für angehende Lehrlinge eingerichtet, welche vor der Berufswahl Ratschläge erteilt. Die Jugendorganisation führt, abgesehen von ihrer Bildungstätigkeit auch den Kampf um die Reform des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, vor allem um die Verlegung der Unterrichtszeit aus den Nacht- und Sonntagsstunden in die Tagesstunden der Wochentage. Alle Versuche, durch Erlassung eines Vereinsverbotes in den Disziplinarordnungen der obligatorisch eingeführten Fortbildungsschulen die Jugendbewegung zu erdrosseln, blieben erfolglos.

Sozialistische Kindererziehung.

Die Wiener Arbeiterbewegung erfasst heute nicht nur Männer und Frauen, nicht nur die Erwachsenen

und die heranwachsende Arbeiterjugend, sondern auch die Kinder des Proletariats. Hiefür bestehen eigene Organisationen: die Vereine „Kinderfreunde“. Die Mitglieder dieser Vereine sind Arbeitereltern, ihre Tätigkeit kommt ausschliesslich den Kindern zugute. Die Vereine befassen sich mit der Errichtung von Kinderbibliotheken, mit der Veranstaltung von Turn-, Gesang- und Spielabenden und Märchenvorlesungen, mit der Organisierung von kleinen und grossen Ausflügen und Ferienreisen, mit der Ergänzung des Schulunterrichtes durch Handfertigkeitsunterricht, mit der Errichtung von Erholungsstätten u. s. w. Den Zwecken dieser Organisation, die in Wien Ende Dezember 1913 16 Vereine mit 3639 Mitgliedern zählte, dient auch eine eigene in Graz erscheinende Monatsschrift: „Der Kinderfreund“. An den Veranstaltungen des Vereines haben sich in Wien im Jahre 1913 rund 99.000 Kinder beteiligt. Aus den 13 Kinderbibliotheken wurden im Jahre 1913 63.962 Bände entlehnt. In Wien hat auch der vom Parteivorstand eingesetzte *Kinder*rat seinen Sitz, dessen Aufgabe es ist, die Propaganda für die Errichtung von Vereinen der Kinderfreunde im Reich zu betreiben und Materialien für deren Tätigkeit vorzubereiten.

Sozialistische Bildungsarbeit.

Die Wiener Arbeiterbewegung ist nicht nur ausdauernd in ihrer Organisationsarbeit und energisch in ihren Aktionen, sondern auch stets auf die Vertiefung der Bewegung bedacht. Wohl in keiner anderen grossen Stadt ist das proletarische Bildungswesen so entwickelt wie in Wien. Schon anfangs der Neunzigerjahre gab es hier einen Bildungsausschuss mit einem Sekretariat. Im Jahre 1902 wurde der Wissenschaftliche Verein „Zukunft“ gegründet, dessen Mitglieder vorwiegend Referenten waren, die nun gemeinsam das Vortragswesen zu organisieren begannen. Aus diesem Verein entstand im Jahre 1908 die heutige Bildungsorganisation der Wiener Arbeiterschaft. Alle Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sind in jedem Wiener Stadtbezirk zu einer Unterrichtsorganisation zusammengefasst. Die meisten der 21 Unterrichtsver-



Teuerungsdemonstration auf der Ringstrasse am 2. Oktober 1910.

bände verfügen über eigene Lokalitäten, die für Unterrichtszwecke, als Jugendheime und für die Veranstaltungen der Kinderfreunde eingerichtet sind. Die Unterrichtsorganisationen sind die Träger des Bildungswesens. Sie veranstalten mannigfache Unterrichte, Kurse, Einzelvorträge, Lichtbildervorträge, Exkursionen u. s. w., unterhalten grosse Bezirksbibliotheken, die nach einem einheitlichen System eingerichtet sind und deren Bibliothekare in eigenen Kursen geschult werden. Die notwendigen Mittel für alle Veranstaltungen werden durch Beiträge der beteiligten Organisationen aufgebracht, welche zwischen 1 h per Mitglied und Monat und 2 h per Mitglied und Woche schwanken.

Die Zusammenfassung aller Wiener Unterrichtsorganisationen stellt der Unterrichtsausschuss dar, der ein eigenes Sekretariat mit vier Angestellten besitzt. Er besorgt die Vermittlung der Vortragenden für politische und gewerkschaftliche Organisationen, die Lehrer für Kurse und Unterrichte und kontrolliert die Bibliotheken. Er unterhält auf Kosten der Gewerkschaftszentralen eine Arbeiterschule mit zweijährigen Abendkursen. Auf Kosten des Parteivorstandes veranstaltet er in jedem zweiten Jahr einen einmonatigen Kurs mit Tagesunterricht für Vertrauensmänner. Sein Büro ist dem des Parteivorstandes angegliedert, der gemeinsam mit dem Vorstand der niederösterreichischen Landesorganisation die Kosten des Sekretariats trägt. Die Reichsgewerkschaftskommission und der Zentralverband der Konsumvereine subventionieren den Unterrichtsausschuss, dem auch die Agenden einer Zentralstelle für das Bildungswesen für ganz Deutschösterreich zur Erledigung zugewiesen sind.

Der Unterrichtsausschuss hat in den letzten fünf Jahren seines Bestandes für Wiener Organisationen nicht weniger als 7699 Einzelvorträge und Vortragskurse mit 1883 Vorträgen besorgt. Der weitaus überwiegende Teil der Vorträge behandelt sozialistische Themen, wobei das gewerkschaftliche und genossenschaftliche Gebiet starke Berücksichtigung finden. So wurden zum Beispiel anlässlich der

30. Wiederkehr des Todestages von Karl Marx in Wien
13 Vortragskurse und 90 Einzelvorträge über Marx
abgehalten. Die Zahl der alljährlich veranstalteten
Unterrichte (Elementarunterrichte und andere) beläuft
sich auf etwa 100 mit mehr als 2000 Unterrichtsaben-
den. Der Unterrichtsausschuss hat eine eigene Samm-
lung von Lichtbildern angelegt, die starke Verwendung
findet. Er gibt eine Sammlung von Unterrichtsanei-
mungen und ein eigenes zehnmal jährlich erscheinendes
Organ „Bildungsarbeit“ heraus, das mehr



Die Jugendlichen am Ersten Mai.

als 2000 Vertrauensmänner zu Abonnenten hat. Er ver-
anstaltet Arbeiter-Sinfoniekonzerte mit künstlerischem
Programm, deren bis jetzt 49 stattgefunden haben. In
ihrem Rahmen wurde am 3. März 1909 — wohl zum
erstenmal — Beethovens Neunte Sinfonie Arbeitern zu
Gehör gebracht. Die Wiener Arbeiterbibliotheken er-
reichen jetzt im ganzen rund 400.000 Entlehnungen im
Jahr. In der Bildungsarbeit kommt augenfällig zum
Ausdruck, was der österreichischen Arbeiterbewegung
stetst nachgerühmt wurde: Gewerkschaft, Partei und
Genossenschaft sind eins.

In Wien ist auch das neutrale Volkswesen stark entwickelt. Die von der Universität veranstalteten volkstümlichen Kurse, die Einrichtungen des Wiener Volksbildungsvereines, der über ein eigenes grosses Unterrichtsgebäude verfügt, und das Wiener Volksheim sind mustergültige Institute, deren Benützung den Arbeitern empfohlen wird. Mit allen diesen Institutionen und mit der Urania bestehen Vereinbarungen, welche der organisierten Arbeiterschaft die Benützung erleichtern.

Die Theaterbedürfnisse der Wiener Arbeiterschaft zu befriedigen, besteht der Verein Freie Volksbühne, der im achten Spieljahr steht. Er ist eine Art Konsumgenossenschaft, die jedermann offen steht. Sechs Zehntel der Mitglieder sind Arbeiter, die Leitung ist in sozialdemokratischen Händen. Der Verein, der vor der schweren Wirtschaftskrise bereits 30.000 Mitglieder erreicht hatte, verfügt über ein eigenes Theater und geniesst künstlerisches Ansehen. Er hat auf Wiener Boden Dichter wie Eulenberg, Galsworthy und Schmidtbonn durchgesetzt. Er bietet seinen Mitgliedern für einen Monatsbeitrag von K 1.10 oder K 1.60 eine Theatervorstellung und die monatlich erscheinende Kunstzeitschrift „Der Strom“.

Eine eifrige Tätigkeit entfalten in Wien die zahlreichen Arbeiter-Gesangvereine, die unter der Leitung Josef Scheus emporgewachsen sind. In den kritischen Zeiten des Ausnahmezustandes gehörten sie zu den Sammelpunkten der Bewegung.

Mannigfache Sonderorganisationen auf dem Gebiet des Bildungs- und Sportwesens ergänzen die oben angeführten Einrichtungen. So gibt es in Wien Arbeiter-Stenographenvereine aller Art, Schachklubs, Turnvereine, Radfahrerorganisationen, einen Arbeiter-Schwimmverein mit einem eigenen Strandbad, eine Touristenorganisation, welche 8000 Mitglieder zählt und auf dem Padasterjoch in Tirol ein eigenes Schutzhaus erbaute, Athletenklubs u. s. w. Von Wien aus nahm im Jahre 1895 die grosse Organisation der Arbeiter-Touristen, die heute in Oesterreich-Ungarn, Bosnien, Deutschland, in der Schweiz, in Frankreich,

England und selbst in Amerika zusammen 370 Zweigvereine mit zusammen 33.000 Mitgliedern besitzt, ihren Ausgang.

Arbeiterpresse und Parteiliteratur.

Die vielgestaltige Arbeiterbewegung Wiens hat auch eine vielgestaltige Arbeiterpresse hervorgebracht. Das Zentralorgan der Partei ist die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, die eine Auflage von 56.000 Exemplaren besitzt. Wohl in keiner anderen Stadt ist die auf die Sensationsgier spekulierende Schundpresse auf einem so ausserordentlich niedrigen Niveau wie in



Arbeiterradfahrer am Ersten Mai.

Wien. Wohl nirgends hat auch die eigentliche politische Bourgeoispreſſe einen ſo erſchreckend hohen Grad der Verlotterung erreicht wie in Wien. Darum iſt die „Arbeiter-Zeitung“ das geleseneſte politiſche Blatt der Stadt, und ihre Meinung wird in allen Kreiſen der Bevölkerung ſtark beachtet. Sie bedeutet für ſich allein eine beträchtliche Macht. (In Wien erſcheint auch ein tſchechiſches Tagblatt der ſeparatiſtiſchen tſchechoſlawiſchen Partei.)

Der wöchentlich erſcheinenden „Volkſtribüne“, des Organs der Wiener Organisation, das alle Parteimitglieder koſtenlos erhalten, wurde bereits Erwähnung getan. Das Organ der Frauenorganisation iſt die „Arbeiterinnen-Zeitung“, die vierzehntägig erſcheint. Für die Jugendorganisation erſcheint die Monatſſchrift „Der jugendliche Arbeiter“. Seit dem Jahre 1907 verfügt die Partei auch über eine wiſſenſchaftliche Monatſſchrift „Der Kampf“, der vor allem an der Aufhellung der öſterreichiſchen Probleme arbeitet und ſich raſch Anſehen erworben hat. Der Erörterung kommunalpolitiſcher Probleme dient ſeit zwei Jahren die Monatſſchrift „Die Gemeinde“. Proletariſche Bildungsfragen behandelt die zehnmal jährlich erſcheinende Zeiſchrift „Bildungsarbeit“. Die ſozialiſtiſchen Gewerbe-richter geben zur Behandlung von Arbeiterrechtsfragen eine Monatſſchrift „Der Gewerberichter“ heraus. Der Verband der Arbeiter-Krankenkassen läßt zur Beſprechung von Fragen der Arbeiterversicherung den „Arbeiterschutz“ vierzehntägig erſcheinen. Vierzehntägig erſcheint auch die humor-iſtiſche Zeiſchrift „Glühlichter“. Die Bildungs- und Sportorganisationen verfügen ebenfalls über eigene Organe. Das verbreitetſte darunter iſt der monatlich erſcheinende „Naturfreund“, der eine Auflage von 35.000 Exemplaren hat.

Da alle Gewerkschaftsverbände mit Ausnahme von dreien in Wien ihren Sitz haben, ſo erſcheinen in Wien auch alle Gewerkschaftsblätter. Um den Inter-eſſen der nichtdeutſchen Arbeiterschaft zu dienen, geben die Zentralvorſtände auſſer den deutſchen auch andersſprachige Zeitungen heraus, manche zum Bei-

spiel, wie die Tabakarbeiter, in sechs verschiedenen Sprachen.

Der Genossenschaftsbewegung dient der vierzehntägig erscheinende „Konsumverein“ und als Propagandablatt monatlich die „Hausmütter“.

66 Partei- und Gewerkschaftsblätter werden in der Parteidruckerei „Vorwärts“ gedruckt, die im Jahre 1900 gegründet worden ist, zu den besteingetrigtesten Druckereien Oesterreichs und zu den grössten Wiens gehört. Sie beschäftigt rund 350 Personen.



Auf einer Spielwiese der Arbeiter-Kinderfreunde.

Die österreichische Arbeiterbewegung stand seit je in engster Fühlung mit der Arbeiterbewegung des Deutschen Reiches. Sie ward darum stets auch der reichen Schätze der Literatur der deutschen Arbeiterbewegung teilhaftig. Die besonderen österreichischen Verhältnisse machten es jedoch erforderlich, eine eigene österreichische Parteiliteratur zu schaffen. Sie erscheint im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, die im Jahre 1893 gegründet worden ist und bereits über 300 Schriften herausgegeben hat. In ihrem Verlag erschienen auch die Marx-Studien, welche zu den bedeutendsten Publikationen des wissenschaftlichen Sozialismus gehören. Die Parteibuchhandlung hat zur Förderung des Bibliothekswesens

durch die Herausgabe eines Handbuches für Arbeiterbibliothekare beigetragen, wie es bisher wohl keine andere Parteibuchhandlung herausgebracht hat. Ihr deutsches sozialistisches Antiquariat ist wohl das bedeutendste im ganzen Buchhandel. Sie hat in der letzten Zeit auch eine systematische Organisation der Verbreitung der Parteiliteratur begonnen.

Sozialpolitik.

Das Bild der Wiener Arbeiterbewegung wäre nicht vollständig, wollte man nicht der Arbeit gedenken, welche Vertrauensmänner der Wiener Arbeiterschaft als Mitwirkende bei der Durchführung der sozialen Gesetzgebung geleistet haben. Als im Jahre 1889 in Oesterreich die obligatorische Krankenversicherung eingeführt wurde, blickten die von den Arbeitern gegründeten Krankenkassen bereits auf eine zwanzigjährige Tätigkeit zurück.

Auch nachdem das Krankenversicherungsgesetz in Kraft getreten ist, blieben die Leistungen der von den Arbeitern gegründeten Krankenkassen muster-gültig.

In Wien und zum Teil in Niederösterreich sind die Krankenkassen zum Zweck der gemeinsamen Besorgung ärztlicher Hilfe und der Medikamente in einem Lokalverband organisiert. Dieser Verband zählt insgesamt 90 Krankenkassen mit 435.000 Mitgliedern. Es sind das meist Gehilfenkrankenkassen der gewerblichen Zwangsgenossenschaften. Die bedeutendste Kasse ist die Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse in Wien mit 170.000 Mitgliedern.

Der Verband leistet auf dem Gebiet der Rekonvaleszentenpflege und der spezialärztlichen Behandlung ausserordentlich viel. Er hat seit 1907 sein eigenes Röntgeninstitut, das zu den besten gezählt werden darf. Seit dem Jahre 1912 hat er sein eigenes zahnärztliches Ambulatorium und ausserdem ein chemisch-mikroskopisches Institut.

Der Verband entsendet alljährlich eine grosse Anzahl von Mitgliedern in die verschiedenen Kurorte, und zwar nach Baden, Franzensbad, Hall, Karlsbad,

Meran, Pistyau; ferner in die Lungenheilstätten Alland, Hörgas und Tannwald. Er besitzt selbst zwei Rekonvaleszentenheime und ein Frauenhospiz.

Auch in Bezug auf die Wohnungsfürsorge hat der Verband viel geleistet, indem er auf Grund des Gesetzes, betreffend die Errichtung eines Wohnungsfürsorgefonds, vom Jahre 1911 gemeinschaftlich mit den angeschlossenen Krankenkassen eine Million Kronen als Grundkapital zur Verfügung stellte, wodurch mit Hilfe des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds ein Baukapital von 10 Millionen Kronen verbaut werden kann und zum grossen Teil schon verbaut ist.



Schutzhaus des Arbeiter-Touristenvereines „Die Naturfreunde“
auf dem Padasterjoch in Tirol.

Seit dem Jahre 1876 besteht in Wien der Verband der Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassen Oesterreichs. Gegenwärtig zählt er 47 Krankenkassen mit 464.000 Mitgliedern. Das Gebiet dieser Kassen erstreckt sich über das ganze Reich.

Als dritte Kassenorganisation ist die Reichskommission der Krankenkassen Oesterreichs anzusehen. Ihr gehören 253 verschiedene Krankenkassen, die Kassen der beiden erwähnten Verbände inbegriffen, mit 1,174.147 Mitgliedern an. Die

Aufgabe der Reichskommission besteht in der Gewährung von Rechtsschutz, Retaxierung der Rezepte, Intervention bei den Behörden, Wahrnehmung der Kasseninteressen gegenüber den Aerzten und Apothekern und Schaffung gemeinsamer Einrichtungen für alle ihr angeschlossenen Krankenkassen. Diese Organisation kommt meist den Bezirkskrankenkassen zugute. Sie sorgt für die Entsendung kurbedürftiger Mitglieder in die Lungenheilstätten und Badeorte.

Zu diesen Leistungen sind die Krankenkassen nicht verpflichtet, sie vollbringen sie freiwillig für die kranken Mitglieder. Nach dem Gesetz sind die Krankenkassen lediglich gehalten, Krankengeld durch zwanzig Wochen zu leisten und ärztliche Hilfe und Medikamente beizustellen. Die von unseren Gegnern verwalteten Krankenkassen gehen selten darüber hinaus. Die von sozialdemokratischen Vertrauensmännern geleiteten Krankenkassen leisten weit mehr.



Die Bauwerke des proletarischen Wien.

Eine Partei, die sich so vielfältig auf allen Gebieten proletarischen Kampfes und proletarischen Ringens betätigt, hat auch bald das Bedürfnis nach Stätten, an denen sie ungehindert allen Aufgaben dienen kann, die ihr in der Zeiten Lauf allgemach erwachsen und die sich von Tag zu Tag mehren. Noch vor zwanzig Jahren waren alle Wiener Parteistellen, mit wenigen Ausnahmen — die Allgemeine Arbeiter-Krankenkasse und die Gewerkschaften der Buchdrucker, Metallarbeiter und Hutmacher — in fremden Häusern eingemietet, waren noch alle Partei- und Gewerkschaftsblätter auf fremde Druckereien angewiesen, und heute gebietet die Partei über eine stattliche Zahl eigener Heime, Betriebsstätten, Büro- und Wohnhäuser, Sport- und Spielplätze, und immer wieder wird das Vorhandene zu enge. Die Räume wachsen, es dehnt sich das Haus.

Auch darin zeigt sich der Aufstieg der Partei. Von den Zinnen unserer Parteiburgen wehen an Festtagen rote Fahnen. Einst mit der ganzen Parteiarbeit auf das Entgegenkommen parteifremder Wirte angewiesen, oder auf die Einsicht von Hausbesitzern und Druckereihinhabern, hat sich das Wiener Proletariat auch darin befreit und schafft heute in vielen eigenen Heimen.

Ein Mittelpunkt des Parteilebens ist das **Parteiaus** in der Rechten Wienzeile 97 im Bezirk Margareten. Hier ist der Sitz der Zentralstellen. Die **Parteivertretung** und die **Gewerkschaftskommission** haben hier ihre Büros, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, die „**Arbeiter-Zeitung**“, hat hier ihre

Schriftleitung, Verwaltung, Druckerei und Zeitungs-
ausgabe. Die Druckerei dient nicht nur der
„Arbeiter-Zeitung“, sie stellt auch die meisten übrigen
in Wien erscheinenden Parteiblätter her, die „Volk-
tribüne“, als zweites politisches Blatt Wiens, den
„Kampf“, „Das Volk“, den „Jugendlichen
Arbeiter“, die „Arbeiterinnen-Zeitung“,
das Parteiwitzblatt, die „Glühlichter“, „Die
Gemeinde“ und die „Bildungsarbeit“, deren
Schriftleitungen (mit Ausnahme der „Volkstribüne“)
im Haus untergebracht sind, dann aber fast alle Gewerk-
schaftsblätter, ferner Sportzeitungen und andere Or-
gane, unter ihnen auch die Wiener-Neustädter
„Gleichheit“. Ihren Sitz haben im Haus auch das
Frauenreichs-Komitee, der Unterrichts-
ausschuss, die Arbeiterschule und die
Hauptstelle der Jugendorganisation.
In allen diesen Kanzlei-, Werk- und Unterrichts-
räumen herrscht reges Leben und Tag und Nacht er-
stirbt es nicht. In allen Betrieben des Hauses ist durch
Bäder, Waschelegenheiten, Kleiderablagen und
Speiseräume für das leibliche Wohl der Mitarbeiter am
gemeinsamen Werke weit über die gesetzlichen Vor-
schriften hinaus gesorgt. Ein ärztliches Hilfszimmer,
ein Hausarzt, eine Berieselungsanlage über dem Glas-
dach des Setzmaschinensaales ergänzen diese Einrich-
tungen. Das Parteihaus dient seit vier Jahren seinen
Zwecken. Es ist ein Werk des Architekten Hubert
Gessner, der auch viele andere den Parteizwecken
dienende Häuser gebaut hat.

Die Arbeiterheime.

So gleich das älteste Wiener „Arbeiterheim“, das
des zehnten Wiener Gemeindebezirkes Favoriten
(163.000 Einwohner), das vor zwei Jahren schon einen
mächtigen Erweiterungsbau nötig hatte. Es enthält
gleich dem Arbeiterheim Ottakring (16. Wiener
Gemeindebezirk, 187.000 Einwohner) und der dritten
Hochburg der Wiener politischen Organisation, dem
Arbeiterheim Floridsdorf (der 21. und jüngste Wiener
Bezirk, 92.000 Einwohner) einen Theatersaal, der auch
für Massenversammlungen dient und daneben viele
kleinere Säle, einen Turnsaal und auch Wohnungen.

In allen drei Heimen ist auch eine grosse Bücherei aller Organisationen des Bezirkes untergebracht. Dies gilt auch von dem vierten, dem Arbeiterheim Meidling, des 12. Wiener Gemeindebezirkes (110.000 Einwohner). Zentralbibliotheken haben auch die meisten anderen Wiener Bezirke. Sie sind in Vereinsheimen untergebracht. Solche Vereinsheime haben die Bezirke Leopoldstadt, Landstrasse, Margareten, Mariahilf,



Arbeiterstrandbad in Wien.

Alsergrund, Simmering, Hietzing, Rudolfsheim-Fünfhaus und die Brigittenau. In ihnen spielt sich das politische und gewerkschaftliche Leben der Partei ab, hier sind die Jugendgruppen der Arbeiter und Arbeiterinnen, die Frauen, die Kinderfreundeortsgruppen, die Sportvereine und die Unterrichtsausschüsse tätig. Diese Bezirksmittelpunkte haben überall das Parteileben und die Schlagfertigkeit der Partei mächtig gefördert.

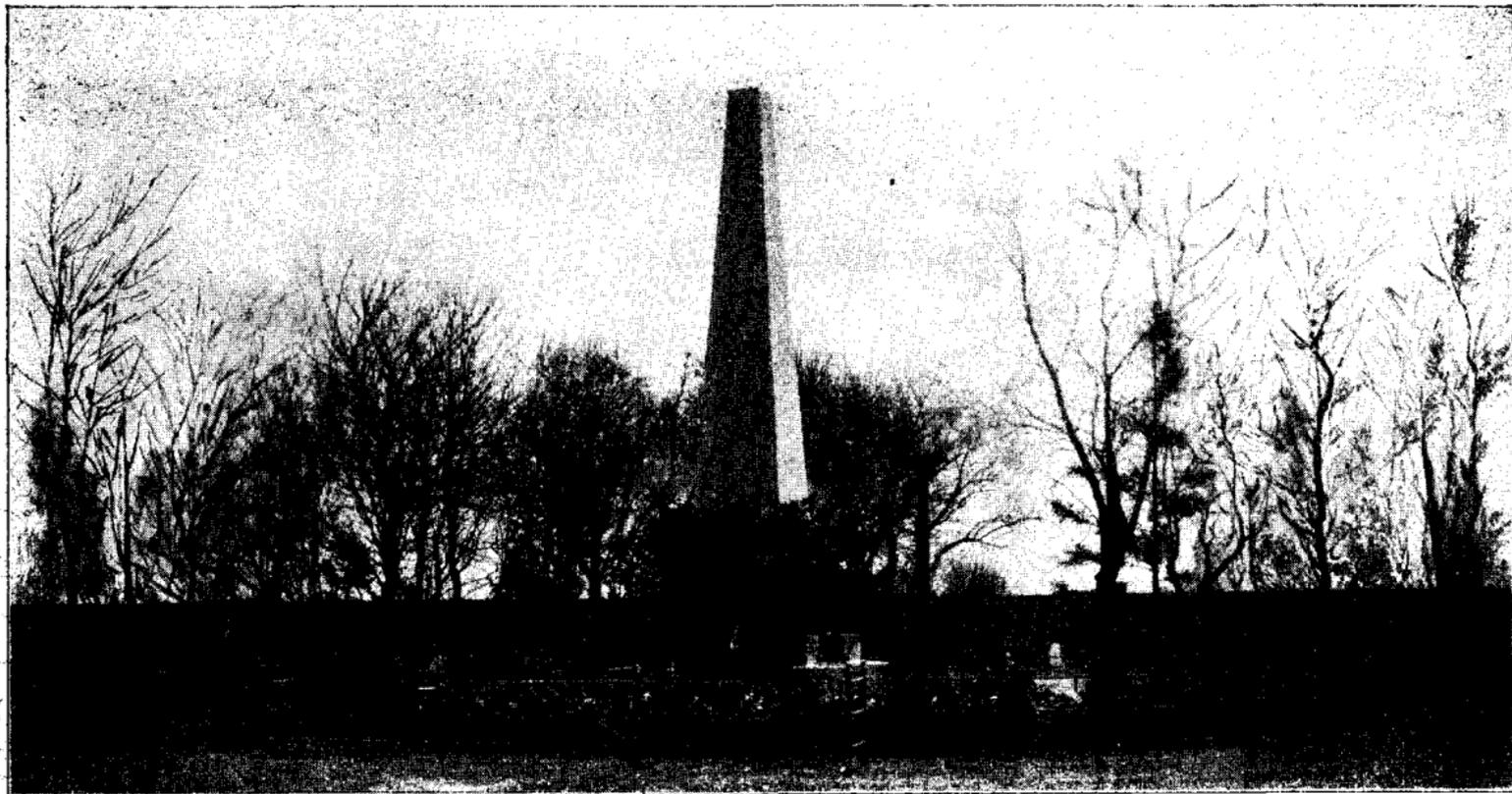
Wiener Gewerkschaftshäuser.

Auch die Gewerkschaften haben sich vielfach schon vom Mieter zum Hausbesitzer gewandelt. Die

ersten waren die Buchdrucker, die an die Stelle ihres alten Hauses einen riesigen Neubau setzten (VII, Zieglergasse 25), ihnen folgten die Metallarbeiter (V, Kohlgasse 27), die jetzt daran gehen, das alte Haus, das ihnen so lange gedient, in einen unserer Zeit angepassten Bau umzugestalten, die Hutmacher (VIII, Lerchengasse 13), die Bäcker (XV, Markgraf-Rüdigerstrasse 27) und die Eisenbahner, die sich erst jüngst ein prächtiges eigenes Heim (V, Margaretenstrasse 166) geschaffen haben, in dem neben einer Gast- und Kaffeewirtschaft und den entsprechenden Versammlungssälen auch für die Unterkunft fremder Genossen, die auf einige Tage nach Wien kommen, durch einen kleinen Hotelbetrieb gesorgt ist.

Die Arbeiter als Erzeuger für die Arbeiter.

Auch das Genossenschaftswesen hat in Wien seine Stätten. Vor allem die Arbeiter-Konsumvereine mit der Grosseinkaufsgesellschaft (IX, Kolingasse 19) und dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine (auch dort) als Zentralstellen. Die Vereine sind: Der Arbeiter-Konsumverein Donaustadt mit 10, der Erste niederösterreichische Arbeiter-Konsumverein mit 45, der Arbeiter-Spar- und Konsumverein Fünfhaus mit 11 und der Konsumverein „Vorwärts“ mit 56 Verkaufsstellen in Wien; 13 Verkaufsstellen in der Umgebung. Dieser Verein hat auch eine Schnitt-, Konfektions- und Schuhwarenabteilung. Ihm nahe stehen die Hammerbrotwere und die diesen angegliederte Dampfmühle und eine grosse Reihe von Eigenbetrieben. Auch der Erste niederösterreichische Arbeiter-Konsumverein hat eine eigene Konfektionswarenabteilung und teils in Wien in seinem eigenen Haus (XII, Wolfganggasse 58/60), teils ausserhalb Wiens viele Eigenbetriebe, so eine Dampfmühle, eine Rollgerstefabrik, eine Dampfbäckerei, eine Dampfwurstfabrik, eine Fleischselcherei, eine Molkerei, eine Kaffeerösterei, eine Malzkaffeeerzeugung, eine Feigenkaffeeabrik, eigene Sodawasserlimonadenerzeugung und auch eine eigene Kohlenrutsche.



Das Grabdenkmal der Revolutionsoffer des 13. März 1848 im Zentralfriedhof.

Produktionsgenossenschaften haben die Buchbinder, die Hutmacher, diese in einer eigenen, vorzüglich eingerichteten Fabrik, die „Kleiderunion“, die Schuhmacher und die Tischler.

Die Volksbuchhandlung (VI, Gumpendorferstrasse 18) und die Freie Volksbühne (VII, Neubaugasse 36) sind noch eingemietet.

Die Arbeiterkrankenkassen.

Die Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse besitzt das älteste und das jüngste Parteihaus in Wien. Das alte Haus, Gumpendorferstrasse 62 (früher 64), war eine Zeitlang der Mittelpunkt der ganzen politischen Parteibewegung. Dort hatte von altersher der Arbeiter-Bildungsverein Gumpendorf seinen Sitz, im Haus und um das Haus herum siedelte sich zuerst die Parteivertretung und die „Arbeiter-Zeitung“ mit ihrer Vorläuferin, der „Gleichheit“, an. Mit dem Wachsen der Mitgliederzahl (heute 168.000) wurde schliesslich das grosse weite Haus zu enge. Zuerst baute der Verband der genossenschaftlichen Krankenkassen, der mit der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse innigen Anschluss hat (gemeinsame Aerzte und Behelfe, zwei Rekonvaleszentenheime, in Zeillern und Königstetten, und ein Entbindungsheim), in der Königseggasse ein Büro- und Wohnhaus mit Gastwirtschaft und Saalbetrieb und im Frühsommer des heurigen Jahres bezog auch die Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse ein neues, ihren gross gewordenen Bedürfnissen angepasstes Haus (VI, Mollardgasse 8 und Magdalenenstrasse 33), in dem neben den Kanzleien der Kasse auch noch das Fachblatt „Der Arbeiterschutz“, die Reichskommission der Krankenkassen und die genossenschaftliche Gehilfenkrankenkasse der Kleidermacher Platz gefunden haben und in dem auch eine Reihe von Mietwohnungen geschaffen wurden. Die Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse und der Verband haben sich auch zu grosszügiger Wohnungspolitik vereinigt. Sie haben die gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs gegründet und in Wiener-Neustadt und in Wien-



Das Grabdenkmal der Opfer des 17. September 1911 im Ottakringer Friedhof.

Simmering mustergültige Wohnhäuser für Arbeiter geschaffen, mustergültig freilich nur in dem durch die österreichische Gesetzgebung und Besteuerung und durch die Grundpreise und teure Bauweise gegebenen Rahmen. Auch in Floridsdorf ist diese Genossenschaft, der ein Grundkapital von 10 Millionen Kronen und nach dem österreichischen Wohnungsfürsorgengesetz die Staatsgarantie für die Haussätze über die Hälfte zur Verfügung steht, daran, Wohnhäuser für Arbeiter zu errichten.

Dem Andenken der Toten.

So ist denn für die Bedürfnisse der Lebenden — überschaut man alles — schon in vielfacher Hinsicht vorgesorgt und eine grosse Anzahl von festen Stützpunkten hat die Partei für alle Zweige ihrer vielgestaltigen Betätigung. Das Wiener Proletariat weiss aber auch seine Toten zu ehren. Den Opfern des 17. September 1911, den Opfern der Teuerungsdemonstration, hat das Wiener Proletariat auf dem Ottakringer Friedhof ein herrliches Denkmal gesetzt und diesem Grab gegenüber hat unser am 11. Februar 1913 durch Mörderhand gefallene Franz Schummeier seine letzte Stätte gefunden. Wie zu diesen Gräbern an den Gedenktagen das Wiener Proletariat pilgert, so wandert es auch alljährlich am 13. März auf die grosse Totenstatt vor den Osttoren Wiens, wo unter hohem Obelisk die Gebeine der Vorkämpfer für die Freiheit, die Gebeine der Opfer der Revolution von 1848 ruhen. Immer wieder aufs neue geloben sich da die Proletarier, zu sein, wie die waren, die da unten ruhen, ihnen nachzustreben und nachzueifern, um gross und mächtig zu machen auch den Wiener Vorposten der internationalen Sozialdemokratie.





Das Schuhmeier-Denkmal im Ottakringer Friedhof.

, Vorwärts“, Wien V.